

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Palau genießt Pressefreiheit

Ende April hat die amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ ihren jährlichen Zustandsbericht über den Grad der Pressefreiheit in 195 Ländern vorgelegt. Dabei erreichte die mikronesische Republik Palau in der Rangliste der asiatisch-pazifischen Länder Platz 1, vor den Marshall-Inseln und Neuseeland. Am schlechtesten schnitt in dieser regionalen Rangliste Fidschi ab, der Staat landete auf Rang 22 noch hinter Nauru, das den Zugang für Journalisten an strenge Bedingungen und die Zahlung eines teuren „Journalistenvisums“ knüpft.

Info: Freedom House legt jährlich einen Sachstandsbericht über den Grad der Pressefreiheit vor. Für das Jahr 2015 beklagt die Organisation den schlimmsten Rückgang an Pressefreiheit seit 12 Jahren. Nach Angaben der Organisation genießen nur 13 % der Weltbevölkerung die uneingeschränkte Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit. 41 % der Weltbevölkerung haben nur eine eingeschränkte Pressefreiheit und 46 % leiden unter der nicht vorhandenen Pressefreiheit (engl. „not free media environment“). Den Rückgang der Pressefreiheit beklagen die Autoren des Berichts „*Freedom of the Press 2016*“ vor allem in den Ländern, die unter diktatorischen Machthabern leiden wie etwa Korea, Zimbabwe und China. Doch auch in einigen europäischen Ländern ist die Pressefreiheit nach terroristischen Angriffen stark eingeschränkt worden, wie etwa in Belgien und Frankreich. Hier traf es vor allem Satirezeitschriften, die seitens der Regierung inhaltliche Auflagen erhielten. Auch Deutschland kann sich keiner uneingeschränkten Pressefreiheit rühmen: Das Land erreichte auf der europäischen Rangliste nur den 17. Platz, an die erste Stelle kam Norwegen.

(<https://freedomhouse.org/report/freedom-press/freedom-press-2016>, Radio NZ Intern. 28.04.16)

Neuer PNA-Geschäftsführer

Ludwig Kumoru aus Papua-Neuguinea ist zum Nachfolger von Dr. Transform Aqorau als Geschäftsführer der *Parties to the Nauru Agreement* (PNA) ernannt worden. Er erhielt alle acht Stimmen. Kumoru ist derzeit noch Vize-Direktor der nationalen Fischereibehörde von Papua-Neuguinea. Außerdem arbeitet er als wissenschaftlicher Berater für nachhaltige Thunfischfischerei und Fischbewirtschaftung in der *Western and Central Pacific Commission*. Er wird sein neues Amt zum 1. August antreten.

Info: Zu den *Parties of the Nauru Agreement* haben sich 1982 acht pazifische Inselstaaten zusammengeschlossen, die gemeinsam mehr als 50 % der weltweit vorhandenen Thunfischbestände kontrollieren und bewirtschaften: Föderierte Staaten von Mikronesien, Papua-Neuguinea, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Salomonen und Tuvalu. Das Büro der PNA befindet sich in Majuro (Marshall-Inseln). (*Marshall Islands Journal* 22.04.16, <http://www.pnatuna.com/>)

Neue Patrouillenboote

Die australische Regierung hat mit dem westaustralischen Schiffsbauer *Austal* einen Vertrag über den Bau von 21 neuen Patrouillenbooten geschlossen. Verteidigungsministerin Marise Payne sagte, der Vertrag belaufe sich auf 305 Millionen AUS-Dollar. Die Schiffe sollen ab Mitte 2017 auf der *Austal*-Werft in Henderson gebaut und gegen Ende des Jahres 2018 an die pazifischen Inselstaaten ausgeliefert werden. Die Patrouillenboote sollen die alte Flotte ersetzen. Sie kommen als Überwachungsboote der exklusiven ökonomischen Zonen der Pazifikstaaten zum Einsatz. Auf den knapp 40 Meter langen Schiffen haben bis zu 23 Besatzungsmit-

glieder Platz. (*Radio NZ Intern.* 07.05.16, <http://www.austal.com/news/austal-awarded-pacific-patrol-boat-contract>)

Fidschianer wird MSG-Chef

Der fidschianische Diplomat Amena Yauvoli ist neuer Geschäftsführer der *Melanesian Spearhead Group*. Er ist Nachfolger von Peter Forau von den Salomonen, der das Amt in den letzten fünf Jahren innehatte und Mitte November letzten Jahres zurückgetreten war. Bis dato arbeitete Yauvoli als Klimawandelbeauftragter (engl. Ambassador for Climate Change and Oceans) der fidschianischen Regierung. Zuvor war er Interims-Generalsekretär des *Pacific Islands Forum Secretariat*.

(*Flash d'Océanie* 08.04.16, <http://www.loopvanuatu.com/content/fijian-diplomat-amena-yauvoli-new-director-general-msg>)

Kartenset erleichtert Fisch-Erkennung

Die *Pacific Community* hat ein Set von Identifikationskarten für 20 verschiedene Wale, Delfine und Seevögel erstellen lassen. Die wasserdichten Karten im handlichen Format werden an Mitarbeitende verteilt, die im Auftrag der nationalen Fischereibehörden der Pazifikstaaten die Bestände an Fischen und Vögeln beobachten und statistisch erfassen. Die Identifikation der Tiere sei besonders wichtig für das Besatzungspersonal von Thunfischfangbooten, hieß es, da bestimmte Thunfischarten Fangquoten unterliegen und nicht beliebig gefangen werden dürfen. Die Karten sollen nun helfen, die genaue Gattung der beobachteten Fische und Vögel zu bestimmen und ordnungsgemäß in Karteien einzutragen.

Das Kartenset wurde mit finanzieller Unterstützung des *Japan Trust Fund* erstellt. (*Pressemitteilung SPC* 11.05.16)

Kampagne gestartet

Anlässlich des „*World Intellectual Property Day*“ am 26. April hat ein Bündnis pazifischer Organisationen mit der Europäischen Union eine Kampagne zur Bewahrung des geistigen Eigentums für die Länder Samoa, Fidschi und die Salomonen ins Leben gerufen. Sie ist Teil eines gemeinsamen Projektes der EU und der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP).

Das Langezeit-Projekt trägt den Titel „*Enhancing the Pacific Cultural Industries*“. Es soll den Beitrag kultureller und künstlerischer Traditionen an den Ökonomien der Pazifikstaaten anerkennen und „typische“ pazifische Handwerks- und Kulturtechniken schützen und bewahren. Mit Hilfe der Kampagne soll die Bevölkerung in den oben genannten Pazifikstaaten auf die Bedeutung ihres kulturellen Erbes aufmerksam gemacht werden. Mit Handzetteln, Plakaten und über das Internet wirbt das Bündnis dafür, geistiges Eigentum zu schützen und sich die Rechte an Motiven, Mustern, Tänzen, Literatur etc. nicht von multinationalen Konzernen abkaufen oder streitig machen zu lassen. Als besonders schützenswert will die Kampagne zeitgenössische Musik vor allem aus Fidschi publik machen. Hier hat es in der Vergangenheit des Öfteren einen Diebstahl geistigen Eigentums gegeben, indem nicht-fidschianische Musiker und Komponisten urfidschianische Musiktraditionen als ihre eigenen auswiesen und damit Geld machten.

Info: Um auf den Schutz geistigen Eigentums hinzuweisen, hat die Weltorganisation für geistiges Eigentum im Jahr 2000 den 26. April zum „*World Intellectual Property Day*“ ernannt. Alljährlich wird an diesem Tag weltweit auf die Bedeutung des geistigen, kulturellen und künstlerischen Eigentums hingewiesen. (*Samoa Observer* 26.04.16, <http://www.wipo.int>)

† Bill Sevesi

Am 23. April starb in Auckland (Neuseeland) im Alter von 92 Jahren Wilfred Jeffs, besser bekannt unter seinem Künstlernamen *Bill Sevesi*. Der am 28. Juli 1923 in Tonga geborene Sevesi war ein Meister an der Gitarre und Ukulele und machte hawaiianische Ukulele-Musik in Neuseeland und Australien bekannt. In den sechs Jahrzehnten seiner musikalischen Karriere komponierte Sevesi rund 200 Songs und nahm 20 Alben auf. Von den 1950er bis zu den 1970er Jahren sorgte Bill Sevesi mit seiner Band „*The Islanders*“ für ausverkaufte Konzertsäle im Pazifik. Noch im vergangenen Jahr war Sevesi für seine Verdienste um die pazifische Musikkultur in die „*New Zealand Music Hall of Fame*“ aufgenommen worden. (*Wikipedia, Radio NZ Intern.* 24.04.16)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Vereint gegen Tiefseebergbau

Gegner des für 2018 von der kanadischen Firma *Nautilus* geplanten Abbaus von Rohstoffen in der Bismarcksee haben sich zusammengeschlossen und eine Nichtregierungsorganisation gegründet. Die Aktivisten aus Madang und den an die Bismarcksee angrenzenden Inseln Neubritannien, Manus und Neuirland trafen sich Ende April in Madang und hoben die „*PNG Solwara Warriors*“ aus der Taufe. Koordinator der neuen Gruppierung ist Patrick Kaupun. Er sagte, man habe sich zum Zusammenschluss der rund 20 kleinen Gruppen entschlossen, um mehr Einfluss nehmen zu können. Nun plane man eine konzertierte Protestaktion mit Petitionen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. (*PNG Mine Watch* 26.04.16, <http://www.solwaramining.org/>)

Dürrekatastrophe fordert Opfer

Nach Angaben der Organisation *Care International* sind tausende von Bewohnern des Hochlandes von Mangelernährung und lebensbedrohenden Krankheiten betroffen. Grund dafür ist die seit Monaten anhaltende Dürre als Folge des El Niño-Wetterphänomens. Zwar hat es in einigen Gebieten inzwischen geregnet, doch ist das Wasser nicht in den steinharten Boden eingedrungen, sodass es weitere Missernten geben wird. Der akute Trinkwasser- und Nahrungsmangel macht vor allem Kindern zu schaffen. Viele Kindergärten und Schulen wurden geschlossen. Wie viele Menschen bereits an den Folgen von Mangelernährung und Hunger starben, ist nicht bekannt. Hilfsteams sind bislang noch nicht bis zu den weit im Hochland gelegenen isolierten Dörfern vorgezogen. *Care International* leistet Katastrophenhilfe und lässt Nahrungsmittel wie Dosenfisch und Reis in den größeren Städten der Hochlandprovinzen verteilen. Über ihre Homepage ruft diese große private Hilfsorganisation auch zu Spenden für die Dürreopfer auf. (<http://www.care-international.org/>, *Radio Australia* 31.03.16)

Doppelte Staatsangehörigkeit

Am 1. April 2016 hat das neuguineische Parlament einstimmig ein Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft verabschiedet. Premierminister Peter O'Neill erhofft sich davon einen Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland, die bisher nicht langfristig in Papua-Neuguinea leben und arbeiten wollten, weil sie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten wollten. Die doppelte Staatsbürgerschaft reicht nach Angaben von O'Neill jedoch nicht aus, um ein öffentliches (politisches) Amt anzutreten. Dafür müsse man zu „*100 Prozent ein Staatsbürger von Papua-Neuguinea sein*“, so der Premier wörtlich. (*The National* 01.04.16)

Anerkennung von Asylanträgen

Auf Ersuchen der australischen Regierung, die finanzielle Unterstützung angeboten hat, soll die Regierung von Papua-Neuguinea zügiger auf die Asylanträge von Flüchtlingen aus der indonesischen Provinz Westpapua reagieren. Nach Schätzungen leben derzeit rund 10.000 Flüchtlinge mehr oder weniger illegal in Papua-Neuguinea. Einige warten seit Jahrzehnten auf die Bearbeitung ihres Asylantrags. Aus den Flüchtlingscamps unmittelbar an der Grenze zu Westpapua sind allein 1.000 Anträge auf Einbürgerung bekannt. Mit der Anerkennung als Flüchtling und dem Erhalt eines offiziellen Status erhoffen sich die Menschen aus Westpapua vor allem Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wohnraum. Einige der Flüchtlinge leben seit Jahren in Wellblechhütten, in Autos oder unter Zeltplanen im Grenzgebiet. (*Radio Australia 18.03.16*)

Eklatanter Lehrermangel

Derzeit sind rund 10.000 Lehrerstellen in Papua-Neuguinea unbesetzt. Das gab Baran Sori bekannt, der Leiter der Lehrerkommission im Bildungsministerium. Der Lehrermangel betrifft vor allem die ländlichen Gebiete im Hochland der Insel. Eltern, die ihre Kinder gerne in die (inzwischen kostenfreie) Schule schicken würden, seien sogar zum Umzug in die größeren Städte gezwungen, beklagte Sori. Er sagte, die Regierung denke jetzt über finanzielle Anreize und Sonderkonditionen nach, um Lehrer in ländliche Regionen zu locken. (*Radio NZ Intern. 02.05.16*)

Somare feiert 80.

Eine ganze Woche dauerten die Feierlichkeiten anlässlich des 80. Geburtstages von Sir Michael Somare. Im Beisein hochrangiger Regierungsvertreter feierte der *Grand Chief* mit über 1.000 Gäs-

ten im nach ihm benannten „Sir Michael Somare Stadium“ in Wewak. Alle sechs Distrikte der Provinz East Sepik, für die Somare seit 1968 im Parlament sitzt und dessen Gouverneur er ist, überbrachten Geschenke und führten traditionelle Tänze auf.

Info: Somare wurde am 9. April 1936 in Rabaul als Kind eines Polizisten geboren. Er begleitete Papua-Neuguinea in die Unabhängigkeit und war von 1975 bis 1980 der erste Premierminister des unabhängigen Staates. Von 1982 bis 1985 und erneut von 2002 bis 2011 war er erneut Premierminister. Der studierte Lehrer arbeitete einige Zeit in seinem Beruf, bevor er sich dem Radiojournalismus widmete und als Hörfunkredakteur für das Radio in Wewak tätig war. Anschließend absolvierte er eine Verwaltungsausbildung. 1967 war er einer der Mitbegründer der Pangu Party, inzwischen ist er Parteiführer der National Alliance Party. Somare ist seit 1965 mit Veronica verheiratet, der gemeinsame Sohn Arthur ist ebenfalls Politiker und seit 1997 Abgeordneter des Angoram Open Electorate (East Sepik Province).

(*The National 11.04.16*, <http://www.looppng.com/content/thousands-flock-celebrate-sir-michael%E2%80%99s-80th-birthday>)

BOUGAINVILLE

Datum des Referendums

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, Peter O'Neill, und der Präsident der Autonomen Republik Bougainville, John Momis, haben sich am 20. Mai in einem bilateralen Gespräch auf das Datum der Volksabstimmung in Bougainville geeinigt. Diese soll nun am 15. Juni 2019 stattfinden. Das Datum liegt damit innerhalb der Frist (Mitte 2020), wie sie das *Bougainville Peace Agreement* vorsieht. Die beiden Regierungschefs kamen überein, das Referendum über die politische Zukunft von Bougainville von einer unabhängigen Institution planen, durchführen und auswerten zu lassen. Spätestens Ende dieses Jahres

soll diese Agentur ihre Arbeit aufnehmen. Premier Momis kündigte an, die Ausgaben für die Agentur mit in den Haushaltsplan für 2017 einzurechnen. Die Wahlkommissionen von PNG und Bougainville haben angeboten, die Politiker bei der Gründung dieser unabhängigen Kommission und der Ernennung von Wahlleitern und weiterem Personal beratend zu unterstützen.

Präsident Momis sagte, mit Festlegung des Datums müsste auch den letzten Zweiflern klar geworden sein, dass es tatsächlich ein Referendum pro oder contra Unabhängigkeit geben werde. Er rief deshalb dazu auf, auch die bisher heimlich einbehaltenen Waffen von ehemaligen Kombattanten bei der Polizei abzugeben und damit den Verpflichtungen des Bougainville-Friedensabkommens nachzukommen. Momis erklärte, seines Wissens nach hätten doch etliche ehemalige Kämpfer ihre Waffen nicht abgegeben für den Fall, dass ein Referendum mit Gewalt hätte erkämpft werden müssen. (*Radio NZ Intern. 23.05.16*)

Keine australische Botschaft

In naher Zukunft wird es keine offizielle australische Vertretung in der Autonomen Republik Bougainville geben. Das gab das australische Außenministerium nach einer Senatssitzung Anfang Mai bekannt. Gerüchten zufolge soll es jedoch bald eine australische Botschaft in der Küstenstadt Lae (Morobe-Provinz) geben. (*Radio NZ Intern. 08.05.16*)

SALOMONEN

Außenminister geehrt

Außenminister Milner Tozaka ist Mitte März mit dem italienischen Orden „Grand Officer of the Order of Star in Italy“ ausgezeichnet worden. Tozaka erhielt den Orden aus den Händen des italienischen Umweltministers Gian Luca Gal-

letti in Honiara. Die beiden Minister hatten sich zu einem bilateralen Gespräch über die Folgen des Klimawandels für ihre Staaten getroffen. Tozaka erhielt den Orden für sein Engagement gegen den Klimawandel. Er zeigte sich gerührt ob der Ehrung und erklärte, dass mit ihm erstmals ein Bewohner der Salomonen mit einem italienischen Orden geehrt worden sei. Dies zeige, dass sich auch kleine Staaten für den Klimaschutz stark machen könnten.

Italien setzt sich besonders für den Kampf kleiner Inselstaaten gegen die Folgen des Klimawandels ein. Bisher hat die italienische Regierung über zwei Millionen Euro in Klimaschutzprogramme weltweit investiert. (*Solomon Star* 17.03.16, *Pacnews* 17.03.16)

Diplomat fordert Menschenrechte für Westpapua ein

Der Beauftragte der Salomonen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat bei der Sitzung des Rates vom 29. Februar bis zum 24. März 2016 in Genf den Rat aufgefordert, sich der Lage der Menschenrechte in der indonesischen Provinz Westpapua zu widmen. Barrett Salato sagte gegenüber den 47 Vertretern der Staaten im Rat, die Salomonen seien in großer Sorge wegen willkürlicher Verhaftungen, Folterungen von Menschenrechtsverteidigern und der Einschränkung der Pressefreiheit in Westpapua. Salato forderte die indonesische Regierung auf, in den Dialog mit Westpapua zu treten und dem Menschenrechtsrat zu gestatten, UN-Berichterstatte in das Land zu entsenden. Außerdem unterstrich Salato den Wunsch des *Pacific Islands Forum* nach einer Fact-Finding-Mission nach Westpapua. (<http://unpo.org/article/19019>, *Radio NZ Intern.* 16.03.16)

Horoï ist neuer MSG-Beauftragter für Westpapua

Rex Horoi von den Salomonen ist neuer Beauftragter („Special Envoy“) für Westpapua bei der *Melanesian Spearhead Group*. Der salomonische Premierminister bestellte den altgedienten Diplomaten im Mai. Horoi soll sich vor allem der Lobbyarbeit für Westpapua innerhalb der melanesischen Staatengemeinschaft widmen und die Regierungen der Pazifikstaaten davon überzeugen, sich für die Wiedereinschreibung Westpapas auf die UN-Liste zur Dekolonisierung einzusetzen.

Rex Stephen Horoi war seit dem Jahr 2000 Geschäftsführer der pan-pazifischen Nichtregierungsorganisation *Foundation for the Peoples of the South Pacific*. Zuvor war er u.a. Botschafter der Salomonen bei den Vereinten Nationen sowie sieben Jahre lang salomonischer Botschafter für die USA und Kanada mit Sitz in New York. (*Radio NZ Intern.* 22.03.16, *Vanuatu Daily Post* 25.05.16)

Harte Strafen für Sexualstraftäter

Anfang Mai hat das Parlament die Gesetzesänderungen zum *Family Protection Act* aus dem Jahr 2014 verabschiedet. Die Ergänzungen beziehen sich vor allem auf Straftaten im häuslichen Umfeld. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder wird jetzt nicht mehr als privater Straftatbestand angesehen, sondern häusliche Gewalt wird künftig genauso stark geahndet wie sexuelle Gewalt unter Fremden. Unter Strafe gestellt wird zukünftig auch der nicht einvernehmliche Geschlechtsverkehr mit behinderten Menschen, Geschlechtsverkehr mit Schutzbefohlenen, kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern sowie Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution.

Die Gesetzesänderung und Verschärfung des Strafregisters geht zurück auf eine Initiative des Ministeriums für Frauen, Jugend und

Kinder. Ministeriumssprecherin Vaila Ngai sagte, die Gesetzesänderungen würden jetzt in Workshops an Polizeikräfte, Sozialarbeiter und Juristen vermittelt. Es müsse allgemein bekannt gemacht werden, dass häusliche Gewalt in der Familie kein „Kavaliersdelikt“ mehr sei, sondern mit aller Härte bestraft würde. (*Radio NZ Intern.* 09.05.16, <http://www.ramsi.org/ramsi-commends-parliament-for-passage-of-sexual-offence-bill/>)

FIDSCHI

[Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hassenkamp, Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerkes e.V.]

Wiederaufbau nach Zyklon „Winston“ hat begonnen

Nach Zyklon „Winston“, der Fidschi am 22. Februar 2016 getroffen hatte (wir berichteten in der letzten Ausgabe der Pazifik Aktuell), laufen in dem Land die Wiederaufbaumühungen. Laut unterschiedlichen Quellen hat der Sturm insgesamt mindestens 43 oder 44 Todesopfer in Fidschi gekostet. Laut Angaben der Regionalbehörden wurden mindestens 21 Menschen in der „Eastern Division“, 12 in der „Western Division“ und drei in der „Northern Division“ getötet. Außerdem sind mehrere Personen auf See ums Leben gekommen.

Schätzungen zur Folge sind mindestens 31.000 Häuser vollständig zerstört worden, in den Tagen nach dem Sturm waren mindestens 350.000 Menschen von den direkten Folgen des Sturms betroffen. Sie waren von der Außenwelt abgeschnitten oder zumindest vorübergehend aus ihren Häusern vertrieben worden. Dabei handelt es sich um etwa 40 % der gesamten Bevölkerung. Mindestens 62.000 Menschen wurden alleine in von der Regierung betriebenen Notunterkünften betreut. Tausende weitere fanden Zuflucht bei Freunden und Verwandten. „Winston“ gilt als stärkster Sturm, der Fidschi jemals seit Beginn der Wetteraufzeichnungen getroffen hat.

Medienberichten zur Folge waren Anfang März noch mindestens 30.000 Menschen obdachlos. Die UN-Organisation für die Koordination von Humanitären Angelegenheiten, UNOCHA, sprach im März von 112.800 Menschen, die langfristig eine neue Unterkunft benötigten, und 250.000 Menschen ohne gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser. Darüber hinaus war vor allem die Gesundheitsversorgung in Teilen des Landes gefährdet. Konkrete Zahlen über die Anzahl an Menschen, die derzeit noch in Notunterkünften betreut werden, lagen zu Redaktionsschluss nicht vor.

Wie Medien meldeten, rief die fidschianische Regierung Ende April nach heftigen Regenfällen in einigen vom Zyklon betroffenen Gebieten aber erneut zur Spende tausender Zelte und Planen zur Unterbringung vom Zyklon betroffener Menschen auf. Die Bewohnerinnen und Bewohner von insgesamt 63 kleinen Siedlungen sollen dauerhaft vollständig umgesiedelt werden. Der entstandene Schaden wird auf mindestens eine halbe Milliarde Euro geschätzt.

Währenddessen hat der Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten begonnen. Zahlreiche fidschianische Unternehmen haben Sachspenden und finanzielle Hilfen für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Die fidschianische Regierung hatte zuvor öffentlich darum gebeten, dass Unternehmen Teile ihrer Gewinne für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen sollten. So beteiligen sich etwa *Fiji Airways* (ehemals Air Pacific), *Digicel* und *Jack's of Fiji* an den Regierungsprogrammen zum Wiederaufbau. Auch ausländische Staaten haben mittlerweile über die Katastrophenhilfe hinaus Gelder für Wiederaufbauprojekte bereitgestellt, darunter Australien, Neuseeland, die Europäische Union, Indien, Indonesien, China, die USA, Japan, Südkorea und Singapur. Neuseeland hat unter anderem einen Architektenwettbewerb ins Leben gerufen, um schnell und kostengünstig zu errichtende, aber sichere Unterkünfte

zu entwickeln, die auch traditionelle Elemente der fidschianischen Kultur berücksichtigen sollen.

Neben Australien und Neuseeland leisten Indonesien mit etwa 5 Millionen US\$ (siehe folgenden Artikel) und die Europäische Union mit etwa 4,5 Millionen US\$ den größten Beitrag zur Finanzierung des Wiederaufbaus. Doch auch benachbarte pazifische Inselstaaten wie Vanuatu und Nauru stellen Fidschi kleinere, aber symbolisch wichtige Summen für den Wiederaufbau zur Verfügung.

Der Zyklon hat auch große Auswirkungen auf Lebensmittelpreise in Fidschi gehabt. Nach einer Preisexplosion für Gemüse, Früchte und andere Lebensmittel nach dem Zyklon hätten sich die Preise auf den Märkten in den meisten fidschianischen Städten mittlerweile wieder stabilisiert, hieß es. Vor allem in Bua und Savusavu hat der Zyklon zahlreiche Anbauflächen zerstört. Für viele Produkte hätten sich die Preise zeitweise mehr als verdoppelt und in einigen Fällen sogar vervierfacht. (*Fiji Sun* 1.05.16, 3.05.2016, 13.05.16, *Radio New Zealand International* 24.4.2016, *ABC* 3.03.16, *UNOCHA*, *Wikipedia*)

Ausbau der Kooperation mit Indonesien

In Folge von Zyklon „Winston“ hat Fidschi die Zusammenarbeit mit Indonesien weiter intensiviert. Im Rahmen der von Indonesien angebotenen Unterstützung hat Fidschi zugestimmt, etwa 100 indonesische Soldaten in das Land zu lassen, die Wiederaufbauarbeiten unterstützen sollen. Eine erste Gruppe von 30 Angehörigen des indonesischen Militärs ist Anfang Mai auf Fidschi eingetroffen und hat mit dem Wiederaufbau von Schulen begonnen. Insgesamt sollen die Soldaten etwa sechs Monate an Wiederaufbauprojekten arbeiten. Militärvertreter beider Seiten unterstrichen, dass es sich um eine gute Gelegenheit handle, die bilateralen Beziehungen zwischen Indonesien und Fidschi

zu stärken und insbesondere die militärische Zusammenarbeit auszuweiten. Auch über die Entsendung von Soldaten zur Unterstützung des Wiederaufbaus hinaus hat Indonesien mit der Bereitstellung von fünf Millionen US\$ an finanzieller Hilfe einen der größten Beiträge zu den Wiederaufbauprojekten der fidschianischen Regierung geleistet.

Die Rolle Indonesiens ist unter anderem wegen der zuletzt zunehmend stark im Pazifik diskutierten Unabhängigkeitsbewegung im von Indonesien besetzten Westpapua strittig. Fidschi gilt als bedeutender Unterstützer Indonesiens in der regionalen Debatte darüber, ob die pazifischen Inseln die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen und deutlicher als in der Vergangenheit auf Menschenrechtsverletzungen in Westpapua hinweisen sollen. Fidschi betrachtet Indonesien als wichtigen Partner in seinen Bemühungen, sich von traditionellen Partnern wie Australien und Neuseeland loszulösen. Direkt nach Zyklon „Winston“ hatte Fidschi jedoch auch australische und neuseeländische Soldaten in das Land gelassen, welche die Katastrophenhilfe unterstützten und mit fidschianischen Soldaten gemeinsam Hilfsgüter in abgelegene Regionen transportierten. (*Fiji Sun* 3.05.16)

Opposition verliert Vorsitz über Haushaltsausschuss

Nach der kontroversen Änderung der Geschäftsordnung des Parlamentes im Februar 2016, von der die fidschianische Opposition eine deutliche Beschneidung ihrer bisherigen Rechte befürchtet (wir berichteten in der letzten Ausgabe der Pazifik Aktuell), hat der Haushaltsausschuss des fidschianischen Parlamentes einen neuen Vorsitzenden gewählt. Bei ihm handelt es sich um den Abgeordneten Ashneel Sudhakar der Regierungspartei *Fiji First*. Damit verliert die Opposition das Vorrecht, den Vorsitzenden des wichtigsten Parlamentsausschusses zu stellen, der wichtige finanzielle Ent-

scheidungen und den Haushalt des Landes überprüft. In vielen internationalen Demokratien ist es langjährige Praxis, dass das Haushaltskomitee von der Opposition zur Kontrolle der Macht der Regierung geleitet wird.

Zuletzt hatte der Vorsitzende der kleineren im fidschianischen Parlament vertretenen Oppositionspartei NFP, Biman Prasad, den Ausschuss geleitet. Seine Abwahl war seit der umstrittenen Änderung der Geschäftsordnung bereits seit einigen Monaten erwartet worden. Prasad trat nach der Entscheidung aus dem Haushaltsausschuss zurück. (*Fiji Sun* 11.05.16, 12.05.16, *Fiji Times* 12.05.16, *Pacific Islands Report* 12.05.16, *ABC* 12.02.16, 12.05.16)

SODELPA und NFP scheitern mit Antrag zum Great Council of Chiefs

Die Regierungsmehrheit hat einen Antrag der größten Oppositionspartei SODELPA geblockt, der das Ziel hatte, einen Prozess zu starten, an dessen Ende eine mögliche Wiedereinführung des sogenannten *Great Council of Chiefs* (GCC) hätte stehen können. Der GCC war 2007 vom jetzigen Regierungschef Voreqe Bainimarama, der das Land damals nach einem Putsch im Jahr 2006 als Militärführer und Übergangspräsident leitete, suspendiert und 2012 offiziell abgeschafft worden. Zuletzt gehörten dem Rat 55 Vertreter der indigenen Bevölkerung (i-taukei) an, überwiegend traditionelle Häuptlinge aus unterschiedlichen Provinzen. Abhängig von der jeweils gültigen Verfassung hatte der Rat in der Vergangenheit teils weitreichende Befugnisse, darunter die Ernennung des Präsidenten des Landes und die Berufung von Parlamentsmitgliedern. Von vielen wurde der GCC daher als Manifestation der Macht der indigenen i-taukei und der Diskriminierung der indisch-stämmigen Bevölkerung gesehen.

Die zweite Oppositionspartei NFP unterstützte im Parlament den An-

trag von SODELPA. Mehr noch als SODELPA, die als Nachfolgerin früherer Parteien gilt, die insbesondere die Interessen der i-taukei vertreten haben und eng mit dem GCC kooperierten, wurde die NFP von Regierung und Medien kritisiert. Es sei schwer zu verstehen, dass eine Partei, deren überwiegend indisch-stämmige Wählerschicht unter dem GCC gelitten hätte, SODELPA in dieser Thematik unterstütze. Medien warfen der NFP vor, sich mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2018 immer stärker mit SODELPA zu verbünden. Die NFP unterstrich hingegen, ihre Unterstützung des Antrags sei keine Befürwortung der Wiedereinführung des GCC. Vielmehr sei es der Partei um das grundlegende Recht gegangen, dass die Bevölkerung Vorlagen zu dem Thema an ein Parlamentskomitee hätten richten können, welches bei Annahme des Gesetzesentwurfes hätte eingerichtet werden sollen. Die Position der Partei sei weiterhin, wie schon bei den Wahlen 2014, dass die Abschaffung des GCC auf unrechtmäßige Weise ohne Konsultation der Bevölkerung stattgefunden habe. Daher unterstütze die Partei den von SODELPA angedachten Konsultationsprozess über die Entscheidung und das Gremium. Der Inhalt des Antrags habe fast vollständig der seit langem bekannten Parteilinie entsprochen.

(*Fiji Sun* 30.4.2016, *Wikipedia*)

IPU verurteilt SODELPA-Suspendierung

Die Inter-Parlamentarische Union (IPU) hat das fidschianische Parlament im März aufgefordert, die Suspendierung des oppositionellen SODELPA-Politikers Ratu Naiqama Lalabalavu umgehend aufzuheben. Dieser war im Mai 2015 für zwei Jahren suspendiert worden, nachdem er die Sprecherin des Parlamentes beleidigt und damit gegen die Geschäftsordnung des Parlamentes verstoßen hatte. Insgesamt stimmte damals eine knappe Mehrheit von 27 Abgeordneten für die Suspendierung, 18 stimmten dagegen, wei-

tere Abgeordnete enthielten sich ihrer Stimme. Der *Governing Council* der IPU gab der Partei SODELPA nun Recht, dass die Suspendierung nicht vereinbar mit den Statuten der Organisation sei. Diese Entscheidung gab das Gremium bei seiner 198. Sitzung in Lusaka in Sambia am 23. März 2016 bekannt. Vorausgegangen war eine Beschwerde von SODELPA, die bereits im August 2015 bei der IPU eingegangen war.

Die fidschianische Parlamentssprecherin Dr. Jiko Luveni sagte, die Entscheidung, ob die Suspendierung aufgehoben werde, liege allein bei den Abgeordneten des fidschianischen Parlamentes. Sie unterstrich, die Suspendierung sei nicht ihre persönliche Entscheidung gewesen, sondern die der Mehrheit der Abgeordneten. Die fidschianische Regierungspartei *Fiji First* besitzt eine absolute Mehrheit im Parlament. Ratu Naiqama Lalabalavu hatte sich kurz nach seinen Beleidigungen für die Ausfälle entschuldigt.

An der IPU-Versammlung nahm auch eine Delegation aus Fidschi teil, der sowohl Regierungs- als auch Oppositionsabgeordnete angehörten. Keines der fidschianischen Delegationsmitglieder habe jedoch an der Sitzung teilgenommen, in der die Entscheidung über die Beschwerde von SODELPA gefallen sei, hieß es.

Fidschi war nach den demokratischen Wahlen im Jahr 2014 Anfang 2015 wieder in die IPU aufgenommen worden. Die fidschianischen Medien berichteten zwar darüber, dass die IPU sich mit dem Fall befasst hatte, veröffentlichten aber keine Details zu der Entscheidung des Gremiums. Sie verwiesen als Begründung darauf, dass in Fidschi noch ein anhängendes Verfahren von Ratu Naiqama Lalabalavu zur Aufhebung der Suspendierung laufe, welches nicht beeinflusst werden solle. (*Fiji Times* 4.05.16, 8.05.16, *Fiji Sun* 3.05.16, *Wikipedia*, www.ipu.org)

Besorgnis um Pressefreiheit – EU startet Projekt „Valuing Voices“

Anlässlich des Welttags der Pressefreiheit hat die Europäische Union ein Projekt mit dem Namen „Valuing Voices“ gestartet, mit welchem die Pressefreiheit in Fidschi gestärkt werden soll. Das Projekt soll insgesamt zweieinhalb Jahre laufen und von verschiedenen fidschianischen Nichtregierungsorganisationen und internationalen Partnern, darunter *Save the Children Fiji* und dem *Oceania Center der University of the South Pacific*, umgesetzt werden. Im Rahmen des Projekts soll mit künstlerischen Mitteln auf Fidschis Verpflichtungen im Bereich des Menschenrechtsschutzes und der Pressefreiheit aufmerksam gemacht werden. Außerdem soll das Projekt aufzeigen, dass Kunst und Kultur eine wichtige Rolle dabei spielen, eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen. Vorgestellt wurde das Projekt vom Botschafter der Europäischen Union für Fidschi und den Pazifik, Andrew Jacobs. Er unterstrich, dass es wichtig sei, alle Stimmen in der Gesellschaft zu hören. Ziel sei es, zu verdeutlichen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Stimmen und Meinungen zu mehr Demokratie und besserer Regierungsführung für die Allgemeinheit führe. „Valuing Voices“ ist eines von mehreren Programmen, welches die Europäische Union derzeit durchführt und plant, um die Demokratie, die Zivilgesellschaft, die Rechtsstaatlichkeit und die Pressefreiheit in dem Land zu unterstützen.

Der Dekan für den Studiengang Journalismus an der *University of the South Pacific*, Dr. Shailenda Singh, sprach anlässlich des Welttags der Pressefreiheit bei einer Veranstaltung an der Universität davon, dass Menschen in aller Welt für das Recht auf unabhängige Information kämpfen müssten. Regierungen und Unternehmen würden Informationen nie freiwillig herausgeben. Er begrüße die Absicht des Justizministers Aiyaz Sayed-Khaiyum, ein neues Gesetz mit dem Titel „Freedom of

Information Bill“ auf den Weg zu bringen, verwies zugleich aber darauf, dass zahlreiche internationale Beispiele zeigten, dass die bloße Existenz eines Gesetzes noch keinen Fortschritt bedeute. Vielmehr müsse die fidschianische Regierung ihre Bereitschaft demonstrieren, das Recht auf Informations- und Pressefreiheit auch konsequent umzusetzen, nachdem das Gesetz verabschiedet sei. Er forderte außerdem, dass die Regierung Strafen für Medienunternehmen und Journalisten abschaffen müsse. Trotz einiger Reformen sei es aufgrund der derzeitigen Bestimmungen des Mediengesetzes immer noch fraglich, ob Medien den Mut hätten, ihre Rechte vollständig wahrzunehmen. Dies liege unter anderem daran, dass derzeit keine Nachrichten veröffentlicht werden dürften, die gegen das „öffentliche oder nationale Interesse“ verstoßen würden oder deren Inhalt gesellschaftliche Unruhe stiften könnten.

In der Tat lässt sich seit Jahren vor allem in Fidschis Printmedien ein hoher Grad an Selbstzensur erkennen. So werden nahezu ausschließlich Meinungskommentare, welche die Regierung unterstützen, abgedruckt. Selbst in Nachrichtenartikeln werden die Oppositionsparteien oft deutlich kritisiert. Meldungen, die regierungskritisch interpretiert werden könnten, werden zwar in einigen Fällen verbreitet, jedoch nicht als eigene Artikel aufgearbeitet, sondern einfach eins zu eins von der Originalquelle und mit Verweis auf diese weitergereicht – so geschehen u.a. bei der Meldung der Europäischen Union zum Welttag der Pressefreiheit. In den vergangenen Monaten hat sich diese Vorgehensweise nach Einschätzung des Autors der Fidschi-Nachrichten in der *Pazifik Aktuell* weiter verstärkt. Dies besorgt vor allem vor dem Hintergrund des ebenfalls teilweise rigorosen Vorgehens der Regierung gegen die Oppositionsparteien, die zunehmend offen auch von den Medien zum Teil aggressiv kritisiert werden. (*Fiji Sun* 4.05.16, *Asia-Pacific Report* 5.05.16, *EU in the Pacific, University of the South Pacific, eigene Beobachtungen*)

Fidschi taucht auch in „Panama-Papers“ auf

In den sogenannten „Panama Papers“, die derzeit international für Aufmerksamkeit sorgen, tauchen Berichten der fidschianischen Tageszeitung *Fiji Sun* sowie des Magazins „Islands Business“ zur Folge auch Namen von Fidschianern auf. Die „Panama Papers“ enthalten Namen von Einzelpersonen und Unternehmen, die mit Hilfe von Briefkastenfirmen in Panama und anderen Ländern versucht haben sollen, Steuern in ihren Heimatländern zu sparen. Sowohl die *Fiji Revenue and Customs Authority* (FRCA) als auch die *Financial Intelligence Unit* (FIU) nahmen demnach Ermittlungen gegen Personen in Fidschi auf. Auch die *Reserve Bank of Fiji* ist in die Ermittlungen involviert.

Der Leiter der FRCA Visvanath als auch der FIU-Direktor Razim Buksh sagten, die Informationen aus den „Panama Papers“ würden nun untersucht und mit vorhandenen Daten abgeglichen. Beide wollten jedoch keine weiteren Details oder Namen bekannt geben. Dennoch berichten Medien über konkrete Namen, die in den Papieren und weiteren Enthüllungen, die bereits im Jahr 2013 veröffentlicht wurden, aufgetaucht seien. So soll sich unter den Betroffenen ein Geschäftsmann befinden, der Anteile an Ölfirmen gehalten hat. Gerüchten zur Folge soll auch ein Resort in Korolevu auf der Liste aufgetaucht sein. Dies führte vor allem deshalb zu Diskussionen, da es offiziell unter anderem von der zur Lehrgewerkschaft gehörenden *Fiji Teachers Union Co-operative* betrieben wird. Die Eigentümer sagten, sie selbst seien überrascht über diese Information und arbeiteten mit den Behörden zusammen. Sie hätten stets alle anfallenden Steuern bezahlt.

Wie in verschiedenen Medienberichten unterstrichen wurde, sei Fidschi von den „Panama Papers“ betroffen, weil einzelne Personen oder Unternehmen aus dem Land versucht hätten, unter anderem

mithilfe von Briefkastenfirmen außerhalb Fidschis, Steuern zu umgehen, die in Fidschi hätten entrichtet werden müssen. Keine Hinweise gebe es jedoch darauf, dass Fidschi selbst von Personen oder Unternehmen, die im Rahmen der „Panama Papers“ aufgefliegen sind, als Steueroase genutzt worden sei. Demnach begünstige die derzeitige Gesetzeslage in Fidschi keine „Steuerflucht“ und es werde derzeit deshalb auch kein Bedarf gesehen, die bestehenden Gesetze zu verschärfen. Fidschi habe seit einigen Jahren bereits eine sehr strikte und stringente Gesetzgebung zur Verhinderung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Damit unterscheidet sich das Land auch von anderen Staaten in der Region, die immer wieder auf Listen potentieller Steueroasen auftauchen. (*Fiji Sun 11.05.16, Islands Business April 2016*)

VANUATU

Risikoreichster Staat

Die rund 260.000 Einwohner von Vanuatu leben nach Angaben des jährlich vorgelegten WeltRisikoBerichts in dem risikoreichsten Staat der Erde. 36,72 % der Bevölkerung, das ist fast ein Drittel, sind jährlich von Naturkatastrophen bedroht. Allein im vergangenen Jahr erlitt Vanuatu ein schweres Erdbeben, einen Vulkanausbruch sowie den Zyklon Pam, der 75.000 Menschen obdachlos machte und 96 % der Ernte zerstörte.

Info: Der WeltRisikoBericht enthält den vom *Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit* der Universität der Vereinten Nationen erstellten WeltRisikoIndex. Der Index gibt für 171 Länder das Risiko an, Opfer einer Katastrophe in Folge von extremen Naturereignissen zu werden. Dabei misst der Index nicht nur die Häufigkeit von Naturkatastrophen, sondern auch die technischen und logistischen Möglichkeiten, mit den Folgen von Katastrophen umzugehen. Unter den ersten 15 Ländern auf dem

WeltRisikoIndex sind gleich vier Pazifikstaaten: Tonga auf Rang 2, die Salomonen auf Platz 5, Papua-Neuguinea auf Platz 9 und Timor-Leste auf Rang 11. Weitere sechs Staaten unter den ersten 15 auf der Rangliste liegen direkt am Meer. Dadurch sind sie dem Meeresspiegelanstieg, Wirbelstürmen und Überschwemmungen in besonderem Maße ausgesetzt. Am risikoärmsten ist übrigens der Wüstenstaat Qatar. Hier beträgt das Risiko einer Naturkatastrophe 0,08 %. (*The Guardian 26.04.16, <http://www.weltrisikobericht.de/>*)

Erste Frauenzeitschrift

Yasmine Bjornum ist die Herausgeberin der ersten virtuellen Frauenzeitschrift in Vanuatu. Anfang Mai erschien die erste Internet-Ausgabe von „Sista“ (Bislama für „Schwester“). Schwerpunkt der Erstausgabe ist eine Reportage über berufstätige Mütter, darunter Linline Mansale, die sich derzeit als Teil eines Volleyball-Duos versucht, für die Olympischen Spiele zu qualifizieren.

Auf den Gesundheitsseiten geht es um Brustkrebs, die Abhängigkeit von Kava und unwillkommene Schwangerschaften. Das Internetmagazin bietet seinen Leserinnen auch Schönheitstipps sowie Rezepte an. Ende des Jahres soll eine Printausgabe der Zeitschrift erscheinen. Bis dahin ruft die Herausgeberin alle Frauen auf, sich mit Themenhinweisen an die Redaktion zu wenden. Man wolle typische Frauenthemen aufgreifen, aber auch kritisch informieren, zum Beispiel über häusliche Gewalt, erklärte Bjornum. Hier geht es zur online-Ausgabe der Zeitung: <http://www.sista.com.vu>. (*Vanuatu Daily Post 05.05.16*)

Zweiter internationaler Flughafen

Nachdem die Renovierungsarbeiten auf dem internationalen Bauerfield Airport noch bis Ende des Jahres andauern werden, hat sich die Regierung entschlossen, den

regionalen Flughafen auf der Insel Espirito Santo zu einem internationalen Flughafen umzubauen. Der „Santo-Pekoa Airport“ in Luganville soll so erweitert werden, dass große Jets auf ihm landen können. Ein Teil des von der Weltbank gegebenen Geldes für die Renovierung des Bauerfield Flughafens soll deshalb in die Erweiterung des Pekoa Flughafens fließen. (*Radio NZ Intern 30.03.16*)

Preis für SPC-Mitarbeiter

Dr. Gerald Haberkorn, Leiter der Statistik-Abteilung bei der *Pacific Community*, ist Mitte Mai mit dem vanuatischen Verdienstorden ausgezeichnet worden. Er erhielt den Orden von Präsident Baldwin Lonsdale im Parlamentsgebäude von Port Vila. Haberkorn war 1982 im Rahmen der Recherchen für seine Doktorarbeit über Land-Stadtdrift an der *Australien National University* nach Vanuatu gekommen und dort geblieben. Nach beruflichen Stationen in verschiedenen Positionen innerhalb der Regierung war er 1993 zur SPC gewechselt, wo er u.a. die *Ten Year Pacific Statistics Strategy 2011-2020* entwickelte. Im Juni wird Haberkorn pensioniert. (*SPC Pressemitteilung 11.05.16*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Kooperation mit Vanuatu

Hochrangige Politiker aus Vanuatu haben Ende Mai mit Amtskollegen aus Neukaledonien in Nouméa über gemeinsame länderübergreifende Entwicklungshilfeprojekte beraten. Die Männer trafen sich im Rahmen des *Regional Cooperation Agreement* und diskutierten, in welche Bereiche die Entwicklungshilfegelder fließen sollen. Man einigte sich darauf, 40 % der Gelder in Stipendien für Studierende zu investieren. 25 % der Gelder sollen den beiden Universitäten und weiteren Forschungseinrichtungen zugute kommen. Mit 18 % sollen perso-

nelle Austausch unterstützt werden. Mit weiteren 17 % soll die Digitalisierung des Lern- und Unterrichtsstoffes an den Schulen ausgebaut werden.

Erstmals seit 14 Jahren war die Arbeitssprache bei den Gesprächen Französisch. Damit kam man den hochrangigen Teilnehmern am Forum entgegen, u.a. dem französischen Botschafter für Vanuatu, Alain de Boispéan, und dem französischen Hochkommissar für Neukaledonien, Vincent Bouvier. (*Vanuatu Daily Post* 27.05.16)

Dengue-Epidemie

Ende Mai hat das Gesundheitsministerium den gesundheitlichen Notstand aufgrund der bereits seit Januar anhaltenden Dengue-Epidemie ausgerufen. Derzeit gäbe es rund 16 Neuerkrankungen pro Tag, hieß es seitens des Gesundheitsamtes. Die erkrankten Personen können aufgrund der Symptome dieser schweren Fiebererkrankung nicht mehr arbeiten, es kommt dadurch zu Ernteaufschlägen und Personalnotstand in den Verwaltungen und Ämtern. (*Pacific Islands Report* 25.05.16)

MIKRONESIEN

„Zucker-Steuer“ zur Diskussion

Nördliche Marianen: Nach einer hitzigen Diskussion im Repräsentantenhaus haben sich die Parlamentarier mit 10 zu acht Gegenstimmen für ein Gesetz über eine so genannte „Zucker-Steuer“ entschieden und das Gesetz Gouverneur Ralph Torres zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt. Das Gesetz Nr. 19-99 sieht vor, pro 28 Milliliter (amerik. eine „Unze“) eine „Zucker-Steuer“ in Höhe von vier Cents zu erheben. Das würde zuckerhaltige Getränke extrem verteuern, was vor allem Geschäftsleute beklagen. Sie fürch-

ten Umsatzeinbrüche und den Wegfall von Stellen in der Getränkeindustrie. Nach Berechnungen des Geschäftsführers des lokalen Zweigs von Coca Cola, Marcos W. Fong, würde der Preis für eine Dose Cola von derzeit 85 Cents auf dann 1,60 US-Dollar steigen. Eine Dose Eiskaffee würde statt 1,25 US-Dollar dann 2 US-Dollar kosten.

Die Befürworter des Gesetzes, vor allem Ärzte und Gesundheitsexperten, äußerten sich jedoch positiv zur Einfuhr dieser Steuer. Ein Großteil der Gesundheitsprobleme in den Nördlichen Marianen, wie etwa Fettleibigkeit und Diabetes, sei auf den übermäßigen Konsum stark zuckerhaltiger Getränke zurückzuführen, hieß es. Stark angestiegene Preise könnten vor allem Kinder zukünftig davon abhalten, Getränkedosen zu konsumieren. Befürworter der Steuer gingen sogar noch weiter und schlugen vor, die Preise für zuckerhaltige Getränkedosen gleich auf 5 Dollar pro Stück anzuheben, um die Menschen vom Kauf dieser ungesunden Getränke abzuhalten.

Bei der Debatte im Repräsentantenhaus war es zu tumultartigen Szenen gekommen. Zuschauer auf der Publikumstribüne hatten sich lauthals in die Diskussionen eingemischt. Die Parlamentarier hatten sich teilweise angeschrien und sich nicht gegenseitig ausreden lassen. Augenarzt Dr. Don Hardt aus der Augenklinik hatte bei seinem Beitrag am Rednerpult publikumswirksam mehrere zuckerhaltige Getränkedosen über die Parlamentarier in der ersten Reihe geschüttet und dabei gerufen, dass alle diese Getränke der Verpackung nach zwar gesund seien, aber viel zu viel Zucker enthielten. (*Sonderbeilage in der Saipan Tribune* 28.04.16)

Di Caprio taucht mit dem Präsidenten

Palau: Der US-amerikanische Schauspieler Leonardo Di Caprio ist einer Einladung des Präsidenten von Palau, Tommy Remenge-

sau Jr., gefolgt und hat drei Tage auf Palau verbracht. Remengesau hatte sich am Rande des Weltklimagipfels im Dezember 2015 in Paris mit Di Caprio über dessen Engagement für die Umwelt und das Klima unterhalten. Di Caprio ist seit 2014 offizieller Botschafter der Vereinten Nationen für das Klima. Der so genannte „U.N. Messenger of Peace for the Climate“ hatte in Paris vor den Gipfelteilnehmern aus aller Welt auf die Bedrohung der Ozeane durch die Folgen des Klimawandels und die Verschmutzung durch Plastikmüll hingewiesen. Sein Engagement beeindruckte die palauische Delegation so, dass sie den Schauspieler spontan zu einem Kurzurlaub einlud. Di Caprio traf sich in Koror mit dem Präsidenten und dem *Council of Chiefs* zu Beratungen, wie die von ihm 1998 gegründete Umweltstiftung „Leonardi Di Caprio Foundation“ (LDF) den Kampf Palaus für den Erhalt des Lebensraumes Ozean unterstützen kann. Es geht vor allem darum, Einnahmequellen für den Erhalt des *Palau National Marine Sanctuary* zu erschließen. Nach den offiziellen Beratungen unternahm er auch einen Tauchgang mit dem Präsidenten, um sich die reiche Unterwasserfauna in den Korallenriffen vor der Küste anzusehen.

Der mit Schauspielpreisen (zuletzt 2016 einen Oscar als bester Hauptdarsteller) überhäufte 42-jährige Di Caprio wurde für sein Engagement für den Umweltschutz und gegen die globale Erwärmung im Jahr 2014 mit dem amerikanischen „Clinton Global Citizen Award“ geehrt. (*Palau Island Times* 29.03.16, <http://leonardodicaprio.org/>)

Beitritt zur Weltbank

Nauru: Zum 1. April 2016 ist Nauru Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geworden. Der Staat hatte bereits im Jahr 2014 die Mitgliedschaft beantragt.

Info: Zur Weltbankgruppe mit Verwaltungssitz im amerikanischen Washington haben sich bis

dato 189 Staaten zusammengeschlossen. Diese multinationale Entwicklungsbank leistet in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern technische und finanzielle Hilfe und Beratung. Nauru verspricht sich von dem Beitritt vor allem technische Unterstützung im Bereich der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. (<http://www.worldbank.org/>, *Radio NZ Intern.* 13.04.16)

Kinder für Schulbesuch bezahlt

Nauru: Seit dem 1. Februar werden die Schulkinder in Nauru von der ersten bis zur zwölften Klasse für den Schulbesuch bezahlt. Pro Tag, den die Kinder in der Schule verbringen, bekommen sie 3,80 US-Dollar ausgezahlt. Grund für die ungewöhnliche Maßnahme ist das „Schulschwänzen“ vieler Kinder. Die Bildungsministerin Charmaine Scotty entwickelte deshalb dieses Pilotprojekt. Der „Lohn“ soll den Kindern einen Anreiz geben, die Schule regelmäßig zu besuchen. Zur Bezahlung des Schulgeldes wurde eigens der *Nauru Education Assistance Trust* eingerichtet, in den die Regierung Gelder einzahlt.

Bereits nach zwei Monaten Laufzeit konnte die Bildungsministerin einen erheblichen Anstieg der Schulbesuche feststellen. Die Schulkinder sind aufgefordert, das mit dem Schulbesuch verdiente Geld auf einem Konto zu sparen, um nach Schulabschluss über Eigenkapital zu verfügen, z.B. für den Bau eines eigenen Hauses oder für die Gründung eines Geschäftes.

Info: Auf der seit 1968 unabhängigen Phosphatinsel Nauru südlich der Marshall-Inseln leben rund 9.500 Menschen. 32 % der Bevölkerung sind Kinder zwischen null und 14 Jahren. (*Radio NZ Intern.* 31.03.16, *CIA World Factbook*)

Westpac beendet Bankgeschäfte

Nauru: Die australische Bank Westpac hat Ende April die Zusammenarbeit mit der Regierung von Nauru aufgekündigt. Alle Regierungskonten bei der Westpac wurden geschlossen. Als Grund dafür gaben Verantwortliche an, man befürchte, die Regierung nutze die Konten bei der Bank zur Geldwäsche oder für terroristische Zwecke. Privatkunden waren von der Kontenauflösung nicht betroffen. (*Radio Australia* 15.04.16)

MARSHALL-INSELN

Obama erklärt die Inseln zu Katastrophengebiet

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat die Marshall-Inseln Ende April zum Katastrophengebiet erklärt und so den Weg für die Vergabe von Mitteln aus dem amerikanischen Katastrophenfonds frei gemacht. Damit kann die Bundesagentur für Katastrophenschutz (*Federal Emergency Management Agency, FEMA*) ihre Arbeit aufnehmen und die Marshall-Inseln logistisch und finanziell bei der Bereitstellung von Trinkwasser unterstützen.

Um Hilfe gebeten hatte den amerikanischen Präsidenten die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine. Sie hatte bereits am 3. Februar angesichts der lang anhaltenden Dürreperiode den nationalen Notstand ausgerufen. Von November 2015 bis Februar 2016 hatten die Inseln aufgrund des Wetterphänomens El Niño nur ein Drittel der sonst üblichen Niederschlagsmenge abbekommen. Derzeit ist die Trinkwassernutzung stark eingeschränkt. Die Bewohner der Hauptstadt Majuro können nur einmal wöchentlich für vier Stunden Trinkwasser abfüllen. Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union konnten bereits 208 Wassertanks auf die Inseln verschifft werden. Der Botschafter für den Pazifik bei der Europäischen Union, Andrew Ja-

cobs, war eigens auf die Marshall-Inseln gereist, um sich vor Ort zu überzeugen, dass die Tanks an die richtigen Orte auch auf den trockenen Außeninseln gebracht wurden.

(<http://thediplomat.com/2016/02/drought-in-the-marshall-islands/>, *The Guardian* 29.04.16, *SPC Media Release* 29.04.16)

Tony de Brum wird Honorarkonsul

Der ehemalige marshallische Außenminister Tony de Brum, engagierter und mehrfach geehrter Kämpfer gegen die Folgen des Klimawandels, ist im April von Peter M. Christian, dem Präsidenten der Föderierten Staaten von Mikronesien, zum ersten Honorarkonsul Mikronesiens auf den Marshall-Inseln ernannt worden. Christian übergab de Brum bei einem Treffen in Palikir seine Ernennungsurkunde sowie die Flagge Mikronesiens. Diese soll auf dem Dach des neuen Büros de Brums in Majuro gehisst werden. Tony de Brum bedankte sich für die Ernennung und versprach, sich weiter für die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Föderierten Staaten und den Marshall-Inseln einzusetzen.

(<http://www.fsmpio.fm/releases.html>, *Marshall Islands Journal* 22.04.16)

Leem beim Skoll World Forum

Selina Leem von den Marshall-Inseln hat vom 13. bis zum 15. April am *Skoll World Forum* im englischen Oxford teilgenommen. Die 17-jährige Schülerin des United World College/Robert Bosch Colleges in Freiburg (Deutschland) hielt bei dem Treffen von rund 1.000 sozial und gesellschaftlich engagierten Unternehmern eine Rede im Plenum zu den Folgen des Klimawandels für die pazifischen Inseln. Außerdem saß sie in einer Diskussionsrunde zum selben Thema gemeinsam mit dem ehemaligen amerikanischen Vize-Präsidenten Al Gore und der ehemaligen irischen Präsidentin Mary Robinson auf dem

Podium. Mary Robinson führte anschließend noch ein öffentliches Interview mit Selina Leem zur aktuellen Situation auf den Marshall-Inseln.

(<http://www.uwc.de/uber-uwc/aktuelles/uwc-schuelerin-spricht-beim-skoll-world-forum-in-oxford/>
<http://skoll.org/skoll-world-forum/>)

KIRIBATI

Neuer Präsident

Am 11. März hat Taneti Maamau als fünfter Präsident von Kiribati im Parlamentsgebäude in Ambo seinen Amtseid abgelegt. Maamau ist Nachfolger von Anote Tong, der das Präsidentenamt die letzten 12 Jahre innehatte. Mamau gehört der politischen Partei *Tobwaan Kiribati Party* (TKP) an. Er hatte bei der Präsidentschaftswahl 19.833 Stimmen (rund 60 %) erhalten und setzte sich in 16 von 23 Wahlbezirken gegen Rimeta Beniamina durch. Unter Präsident Teburoro Tito (1994 bis 2003) war Maamau Finanzminister. (*Fiji Times* 10.03.16, 18.03.16)

Gelbe Karte

Ende April hat die Europäische Kommission Kiribati die so genannte „Gelbe Karte“ für die mangelnde Transparenz bei den Fischfangpraktiken in ihren Hoheitsgewässern gezeigt. Grund für die Verwarnung Kiribatis durch die EU sind Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit des Landes, die Fischereitätigkeiten ausländischer Fangflotten zu kontrollieren. Es besteht die große Gefahr, dass die Herkunft illegal gefangenen Fisches in kiribatischen Häfen verschleiert wird, da das Land nicht über zuverlässige Systeme zur Rückverfolgbarkeit von Fischereierzeugnissen verfügt. Kiribatis Weigerung, wichtige Informationen über Fischereifahrzeuge aus Drittländern, die in seinen Gewässern tätig sind, weiterzugeben, läuft den Bemühungen der Kommission zuwider, die Transparenz und Nachhaltigkeit der Thunfischbestände im westlichen und mittleren Pazifik zu verbessern.

Der Erhalt der „Gelben Karte“ ist eine eindringliche Warnung an den Staat. Kiribati läuft damit Gefahr, als nichtkooperierendes Land bei der Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) eingestuft und mit Handelssanktionen belegt zu werden. Sollte Kiribati seine Überwachungsstrategien nicht verbessern, riskiert es eine „Rote Karte“. Damit dürfte kein in den Gewässern gefangener Fisch mehr in Länder der Europäischen Union verkauft werden. Mit Erhalt der „Roten Karte“ dürfen auch keine EU-Schiffe mehr in den Gewässern fischen. Das trifft z.B. derzeit auf Papua-Neuguinea zu. (*Radio NZ Intern.* 22.04.16, https://ec.europa.eu/germany/news/gelbe-karte-gegen-illegale-fischerei-kommission-verwarnt-kiribati-sierra-leone-sowie-trinidad_de)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Landwirtschaftsbericht vorgelegt

Tonga: Erstmals seit 14 Jahren gibt es in Tonga wieder einen verlässlichen Bericht über den Zustand der Land-, Forst- und Fischwirtschaft. Mit Unterstützung der Welternährungsorganisation FAO und der Vereinten Nationen hat das tongaische Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Forstwirtschaft und Fischerei Ende April den zweiteiligen Bericht *„Tonga 2015 National Agricultural Census“* erstellt. Im ersten Band mit seinen 206 Seiten geht es um landwirtschaftliche Herausforderungen, denen sich Tonga zukünftig stellen muss. In dem 46-seitigen zweiten Band geht es in fünf Kapiteln detailliert um den Zustand von Saatgut, Viehzucht, Aquakulturen und die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft.

Tenor des Berichtes ist einerseits die Feststellung, dass der Beitrag der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt von 26 % in den Jahren 2004 und 2005 auf 18 % in den Jahren 2013/2014 gefallen ist. Außerdem kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Ernährungssicherheit für die Bevölkerung die wichtigste Aufgabe der Zukunft bleibt.

Manaia Halafihi, Projektkoordinatorin für die Erstellung des Berichtes, sagte, nun lägen erstmals wieder verlässliche Zahlen und Statistiken über den Stand der Landwirtschaft vor. Diese Angaben hätten in den letzten 14 Jahren gefehlt. (*Matangi Tonga* 28.04.16)

Dreharbeiten deutscher Filmcrew

Tonga: Im April und Mai liefen auf den tongaischen Inseln Neiafu und Kenutu die Dreharbeiten zu dem 90-minütigen Film „Paradies“ unter der Regie des deutschen Regisseurs Florian Schewe. Zu der 20-köpfigen Filmcrew gehörten die beiden Hauptdarsteller des Films, Sascha Alexander Geršak und Luis Pintsch. Sie spielen an der Seite von tongaischen Laiendarstellern. In dem Film geht es um den deutschen Sozialarbeiter Wolski, der einen gewalttätigen drogenabhängigen Teenager auf einer tongaischen Insel wieder gesellschaftsfähig machen soll. Dabei verliebt er sich in eine einheimische Frau.

Schewe, ein bekannter, bereits mehrfach ausgezeichnete Dokumentarfilmer, versucht sich erstmals an einem abendfüllenden Spielfilm. Produziert wird dieser von *zero one*, einer kleinen unabhängigen Produktionsfirma aus Berlin, in Kooperation mit ZDF-Das kleine Fernsehspiel und dem deutsch-französischen Sender Arte. Die Handlung basiert auf einer wahren Begebenheit.

(<http://florianschewe.com/paradise>, *Matangi Tonga* 29.04.16)

Ergebnisse der Volkszählung

US-Samoa: Ende April wurden die Ergebnisse der Volkszählung für 2015 vorgelegt. Demnach leben derzeit 57.436 Menschen in Amerikanisch-Samoa, das sind 2.000 mehr als bei der letzten Volkszählung im Jahr 2010. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei 25,3 Jahren. 93 % der Bevölkerung sind ethnische Samoaner. Mit über 1.000 Menschen bilden die Tongaer eine große Gruppe.

Die Volksbefragung erfasste auch die Religionszugehörigkeit der Einwohner. Demnach sind 19.147 Menschen Mitglieder der *Congregational Christian Church of American Samoa*, 10.410 gehören der katholischen Kirche an und 9.091 Menschen sind Mormonen. Das Ausbildungsniveau ist gut, über 19.417 junge Menschen befinden sich derzeit in schulischer und universitärer Ausbildung. Rund 10 % der jungen Menschen haben einen Bachelor-Abschluss von der Universität.

(<http://doc.as.gov/press-release-2015-hies/>, *Samoa Observer* 26.04.16)

Erste Vize-Premierministerin

Samoa: Fiamē Naomi Mata'afa ist die erste Vize-Premierministerin im 50-köpfigen samoanischen Parlament *fono*. Sie setzte sich gegen Faumuina Tiatia Liuga durch und wurde von Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi zur stellvertretenden Premierministerin sowie zur Ministerin für Umwelt und Ressourcen ernannt. Ihr Vorgänger, Fonotoe Pierre Laufofo, hat das Kabinett verlassen.

Fiamē Naomi Mata'afa (Jahrgang 1957) ist seit 1991 Mitglied des Parlaments für den Wahlbezirk Lotofaga. Über drei Wahlperioden (15 Jahre) war sie Bildungsministerin. Des Weiteren hatte sie Ämter inne als Sportministerin, Arbeitsministerin und Frauenministerin.

Mata'afa entstammt einer der hochrangigsten Familien auf Sa-

moa. Ihr Vater, Fiamē Mata'afa Faumuina Mulinu'u II (1921 bis 1975), war der erste Premierminister Samoas nach der Unabhängigkeit. Ihre Mutter, Lulu Fetauimalemau Mata'afa (1928 bis 2007), war Lehrerin, Diplomatin und seit 1975 für den Bezirk Lotofaga im Parlament. Nach ihrem Rückzug aus der Politik wurde ihr Platz im Parlament frei und Tochter Naomi wurde gewählt. Diese studierte zunächst in Neuseeland, wurde dann jedoch von ihrer Familie nach Samoa zurückgerufen, um den *Matai*-Titel *Fiamē* zu übernehmen. (*Samoa Observer* 17.03.16,

<http://www.pacificwomen.org/about/pwspd-advisory-board/hon-fiamē-naomi-mataafa/>)

Noch kein Geld erhalten

Tuvalu: Finanzminister Maatia Toafa hat sich über fehlende Barmittel zur Bekämpfung der Klimawandelfolgen beklagt. Zwar hat der von den Vereinten Nationen verwaltete *Green Climate Fund* der polynesischen Inselrepublik zehn Millionen US-Dollar zugesagt, doch ist das Geld nicht an den Staat, sondern an die Agentur überwiesen worden, die Tuvalu in den letzten drei Jahren bei der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplanes zur Anpassung an die Klimawandelfolgen beraten hat. Es wäre besser, wenn Tuvalu die zugesagten Gelder direkt erhalten, sagte der Minister am Rande der 49. Mitgliederversammlung der *Asian Development Bank* (ADB) in Frankfurt. Man werde die Gelder ganz sicher nicht missbräuchlich verwenden, sondern in Projekte investieren, die dem Wohl der ganzen Bevölkerung zugute kämen. Toafa begrüßte die Bekanntgabe der ADB, die Gelder des Klimawandelhilfefonds bis zum Jahr 2020 von derzeit zwei Milliarden auf dann sechs Milliarden US-Dollar aufzustocken. (*Radio NZ Intern.* 05.05.16)

FRZ.-POLYNESIEN

Neuer Botschafter

René Bidal wird neuer französischer Botschafter in Französisch-Polynesien. Er ersetzt Lionel Beffre, der seit September 2013 im Amt war und nun zum Präfekten des Departments Isère (Frankreich) gewählt wurde. Der 55-jährige Bidal ist derzeit noch Präfekt von Eure. Der studierte Jurist und Absolvent der Polizeihochschule blickt auf eine langjährige politische Verwaltungslaufbahn zurück und ist vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem französischen Verdienstorden.

(http://www.normandie-actu.fr/le-prefet-de-l-eure-rene-bidal-nomme-en-polynesie-francaise_200901/, *La depeche de Tahiti* 04.05.16)

Neue Beziehungen nach Russland?

Der Präsident von Französisch-Polynesien, Edouard Fritch, hat sich in Paris mit dem russischen Botschafter für Frankreich, Alexander Orlov, getroffen. Fritch lud Orlov zu einem Besuch nach Tahiti ein, Orlov revanchierte sich mit einer Gegeneinladung nach Moskau. Die Politiker sagten gegenüber der Presse, sie wollten über den Beginn einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nachdenken. Auch die Aufnahme von Beziehungen in den Bereichen Kunst und Kultur sei möglich, so die Männer unisono. Orlov sagte wörtlich, er sei „*froh und stolz*“, erstmals den Präsidenten des französischen Überseegebietes persönlich gesprochen zu haben. Er wünsche sich sehr einen Besuch in Französisch-Polynesien. Gerne würde er dort auf der Insel Hiva Oa (Marquesas-Inseln) am Grab des französischen Chanson-Sängers Jacques Brel († 1979) stehen, den er sehr bewundere, so der russische Diplomat.

Fritch hielt sich zu Verhandlungen in Paris auf. Im Nachgang zum Besuch des französischen Präsidenten François Hollande ging es bei dem Treffen im Elysée-Palast

nun darum, wie die von Hollande zugesagte Hilfe für die Opfer der französischen Atomtests im Pazifik konkret aussehen könnte. Angeblich will die französische Regierung in Tahiti ein Krebsforschungszentrum für sechs Millionen US-Dollar bauen lassen.

Experten gehen davon aus, dass die Behandlung krebskranker pazifischer Atomtestveteranen den französischen Staat jährlich etwa 75 Millionen US-Dollar kostet. (*Radio NZ Intern. 24.05.16, TN TV 23.05.16, Wikipedia*)

HAWAI'I

Riesiger See-Schwamm gefunden

Nach einem Jahr gaben zwei hawaiianische Wissenschaftler, Daniel Wagner und Biologe Christopher Kelly, nun ihren Fund eines bis dato unbekanntes Seeschwamms in Mini-Van-Größe bekannt. Mit 3,5 Meter Länge, 2 Meter Höhe und 1,5 Meter Breite gilt er als der größte je gefundene Schwamm der Welt. Bei einer Tiefsee-Expedition im August 2015 stieß der Unterwasser-Rover auf die riesige Masse in ungefähr 2.100 Meter Tiefe im Gebiet des Papahānaumokuākea Marine National Monuments, dem größten geschützten Gebiet der Vereinigten Staaten im Pazifischen Ozean nahe Hawai'i. Die Wissenschaftler waren sehr erstaunt, als sie die große bläulich-weiße Seekreatur auf dem Video des Rovers entdeckten. Der Größe wegen konnte es auf eine Art Schwamm bestimmt werden. Da aber keiner der beiden Wissenschaftler die Gattung identifizieren konnte, handelt es dabei wohl um eine neue Spezies. Um mehr Details bezüglich Alter, Gattung und Beziehungen zu anderen Kreaturen herauszufinden, wurden Proben entnommen. Die Fundregion des Seeschwamms ist in Sachen Umweltbedingungen sehr stabil. Davon profitieren Schwämme, da sie mehrere 100 bis 1.000 Jahre alt werden können, je nach Stabilität der Umgebung. (*Artikel von Lucia Herold. CNN 31.05.16, CBCnews 31.05.16*)

† Jimmy Borges

Die hawaiianische Jazz-Legende Jimmy Borges ist am 30. Mai 2016 mit 80 Jahren an wiederholtem Lungenkrebs gestorben. Der Jazz-Sänger wurde am 01. Juni 1935 in Kalihi unter ärmlichen Bedingungen geboren, sein erstes Bett war eine Zigarrenkiste. Sein eigentlicher Berufswunsch war ein Football-Stipendium in San Francisco, bis er mit 20 Jahren entdeckte, dass er für seinen Gesang bezahlt werden kann und diese Chance ergriff. Borges trat in den unterschiedlichsten Clubs auf bis nach Las Vegas. Er war darüber hinaus der einzige Musiker mit freiem und vollständigem Zugang zu allen Arrangements Frank Sinatras, wofür sonst kein Star zu fragen traute. Borges selbst erklärte den Unterschied zwischen ihm und den heutigen Musikern ungefähr so: *„Die heutigen Musiker wollen nur einen schönen Sound machen, doch Geschmäcker kommen und gehen. Wenn ich einen Song singe, der eine gute Geschichte erzählt, werden sie sich noch in 30 Jahren daran erinnern.“* Der „keeper of the flame“ („Bewahrer der Flamme“), wie er von seinen treuen Fans genannt wurde, erhielt bis zuletzt noch Preise wie z.B. vier der *Na Hoku Hanohano Awards*. Die Familie möchte zunächst eine private katholische Messe veranstalten, eine öffentliche Trauerfeier soll zu einem späteren Zeitpunkt folgen. (*Artikel von Lucia Herold. Honolulu Star Adviser 31.05.16*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Regierung besorgt über Lage in Westpapua

Außenminister Murray McCully hat sich während einer Parlamentssitzung besorgt über die Situation in Westpapua gezeigt. Man habe die Berichte über die Massenverhaftungen Anfang Mai verfolgt und hoffe auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, sagte McCully. Allerdings helfe hier kei-

ne „Megaphon-Politik“ (Zitat), sondern nur diplomatische Gespräche mit indonesischen Vertretern. McCullys Reaktion war eine Anfrage der Oppositionellenpolitikerin Catherine Delahunty von den Grünen vorausgegangen. Sie hatte eine kleine Anfrage beim Parlament eingereicht, wonach die neuseeländische Regierung den Aufruf der *International Parliamentarians for West Papua* nach einem Referendum über die Selbstbestimmtheit Westpapas offiziell unterstützen sollte. Das hatten die neuseeländischen Parlamentarier jedoch abgelehnt. (*Radio NZ Intern. 05.05.16*)

INDONESIEN WESTPAPUA

Massenverhaftungen

Westpapua: Die indonesische Nichtregierungsorganisation für rechtlichen Beistand (LBH – Lembaga Bantuan Hukum) in Jakarta veröffentlichte am 4. Mai 2016 einen Bericht, in dem die jüngste Serie an willkürlichen Verhaftungen indigener Papuas dokumentiert wurde. Nach Angaben von LBH-Jakarta wurden indonesienweit zwischen dem 25. April und dem 2. Mai über 1.700 Papuas Opfer willkürlicher Festnahmen. Der Bericht stützt sich auf Zeugnisse und Daten, die von Mitgliedern verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen in Westpapua gesammelt und von LBH verifiziert wurden.

Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit friedlichen Massendemonstrationen zum Gedenken an den 1. Mai 1963, an dem Westpapua in den indonesischen Staat integriert wurde. Die Demonstrierenden forderten in diesem Jahr den vollen Mitgliederstatus der *Vereinigten Freiheitsbewegung für Westpapua* (ULMWP) im melanesischen Staatenzusammenschluss *Melanesian Spearhead Group* (MSG) und riefen zur Unterstützung des *Forums*

Internationale Parlamentarier für Westpapua (IPWP) auf, welches sich für ein Referendum unter internationaler Aufsicht in Westpapua einsetzt. Die meisten der rechtswidrigen Verhaftungen ereigneten sich in den größeren Städten Westpapas. Über eine geringere Zahl von Festnahmen wurde aus anderen indonesischen Großstädten auf den Inseln Sulawesi und Java berichtet.

Insgesamt geht LBH-Jakarta von 1.783 rechtswidrigen Festnahmen aus. Allein am 2. Mai 2016 nahm die Polizei indonesienweit 1.735 indigene Papuas fest, davon 1.449 Verhaftungen in Jayapura, 118 in Merauke, 45 in Semarang, 42 in Makassar, 40 in Fakfak, 27 in Sorong und 14 in Wamena. Die Mehrzahl der festgenommenen Demonstranten wurde spätestens am darauffolgenden Tag freigelassen. In Jayapura schlugen Polizisten einen Journalisten und mehrere Demonstranten nieder. In Manado wurde die Demonstration ohne rechtskräftige Gründe untersagt. Journalistische Berichterstattungen über die friedlichen Proteste wurden von der Polizei in Jayapura und Fakfak streng unterbunden. (*Westpapua Netzwerk online, Radio NZ Intern. 09.05.16*)

Katholiken legen Bericht vor

Westpapua: Am 1. Mai hat die *Catholic Justice and Peace Commission* der Erzdiözese von Brisbane (Australien) den Abschlussbericht über ihre Fact-Finding-Mission zur Erkundung der Menschenrechtssituation in Westpapua vorgelegt. Der 24-seitige Bericht mit einigen Schwarz-Weiß-Fotos trägt den Titel „We will lose everything“ – ein Zitat von Octovianus Mote, dem Generalsekretär der *Vereinigten Freiheitsbewegung für Westpapua*. Autoren des Berichts sind Peter Arndt, der Generalsekretär der katholischen Friedens- und Gerechtigkeitskommission, und die katholische Ordensschwester Sr. Susan Connelly aus Sydney. Beide waren im Februar des Jahres in Merauke, Jayapura,

Timika und Sorong unterwegs, um sich mit Menschenrechtsverteidigern und Unabhängigkeitsaktivisten zu treffen und deren Erzählungen aufzuzeichnen. Die Reise war der Auftakt zu einer Reihe von Fact-Finding-Missionen nach Westpapua unter Leitung der katholischen Kirche. Im April besuchten völlig überraschend der Erzbischof aus Port Moresby (Papua-Neuguinea), John Ribat, sowie der Erzbischof von Honiara (Salomonen), Adrian Smith, mit einer kleinen Delegation weiterer katholischer Bischöfe aus dem Pazifik die indonesische Provinz. Unter Militärbegleitung gelang es ihnen, sich einen Tag lang in Jayapura aufzuhalten und mit den Menschen zu sprechen. Der Besuch dieser hochrangigsten katholischen Kirchenvertreter aus den indonesischen Anrainerstaaten hatte medial für Aufsehen gesorgt.

Der Bericht der katholischen Erzdiözese von Brisbane ist inzwischen persönlich von Peter Arndt nach Vanuatu gebracht worden und an Pastor Allan Nafuki übergeben worden. Nafuki ist Vorsitzender der *Vanuatu Free West Papua Association* und Gemeindepfarrer an der *Paton Memorial Church* in Port Vila. (*Pacific Beat 12.04.16, Radio NZ Intern. 05.05.16, Bericht „We will lose everything“ vom 1. Mai 2016, Vanuatu Daily Post 04.05.16*)

AUSTRALIEN

Oberster Gerichtshof von PNG erklärt Internierungslager für illegal

Der Oberste Gerichtshof von Papua-Neuguinea hat das von der australischen Regierung betriebene Internierungslager („Detention Camp“) für Flüchtlinge und Asylsuchende auf Manus Island für illegal erklärt. Aus Sicht der Richter verstößt die Praxis in dem Lager gegen das von der Verfassung garantierte Recht auf persönliche Freiheit. In dem Lager werden derzeit etwa 850 Flüchtlinge und

Personen, die in Australien Asyl beantragt haben, festgehalten. Das Pazifik-Netzwerk e.V. begrüßt diese Entscheidung und hofft, dass die Regierungen Australiens und Papua-Neuguineas das Urteil respektieren und der Forderung des Gerichts, das Lager zu schließen, umgehend nachkommen. Auch darüber hinaus muss Australien seine inhumane Flüchtlingspolitik im Rahmen der sogenannten „Pacific Solution“ beenden, bei der Flüchtlinge bereits vor der Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, in Internierungslager auf der Insel Manus und im pazifischen Inselstaat Nauru abgeschoben werden. Laut Menschenrechtsorganisationen erfüllen die Lager keine internationalen Standards.

Mit der „Pacific Solution“ beweist Australien nicht nur einen zweifelhaften Umgang mit Asylsuchenden, sondern auch mit seinen Nachbarstaaten. Der Staat nutzt seinen Einfluss in Ozeanien und finanzielle Abhängigkeiten, um eigene Verantwortung auszulagern. Australien muss seine Herausforderungen akzeptieren anstatt sie in schwächere Staaten zu verschieben, für deren kleine und homogene Gesellschaften auf den betroffenen Inseln sie noch schwerer angemessen zu bewältigen sind. Die Internierungslager und die australischen Ausgleichszahlungen tragen dazu bei, dass Abhängigkeiten sich verstärken, soziale Spannungen zunehmen und die politische Unabhängigkeit eingeschränkt wird. (*Oliver Hasenkamp: Pressemitteilung des Pazifik-Netzwerks 26.04.16*)

Inhaftierte klagen auf Umzug

Wenige Tage nach Bekanntgabe der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Papua-Neuguinea (siehe oben) haben die 757 Asylsuchenden aus dem australischen Flüchtlingscamp auf der Insel Manus (PNG) eine Sammelklage beim australischen Gericht eingereicht. Darin fordern sie den sofortigen Umzug nach Australien. Sie lehnen den Umzug in das

zweite australische Flüchtlingslager auf Nauru kategorisch ab und fordern die sofortige Bearbeitung ihrer Asylanträge in Australien. Außerdem fordern sie die australische Regierung auf, ihnen für die auf Manus verbrachten Tage in Haft Tagegeld zu zahlen. Mit Hilfe ihres Rechtsanwaltes Mathew Byrnes fordern die Asylsuchenden zudem die Einrichtung einer Kommission, die die Vorgänge auf Manus untersuchen soll und dabei besonderes Augenmerk auf die Haftbedingungen legen soll.

Bei der Unterbringung in den Camps auf Manus und Nauru seien die Menschenrechte verletzt worden, argumentieren die Kläger. Dieser Argumentation schlossen sich Mitarbeiter des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) an. Sie hatten beide Flüchtlingscamps besucht und dabei beobachtet, dass die Flüchtlinge durch ihre Flucht und die lange Lagerhaft schwer traumatisiert waren. Die vielfachen Vorgänge von Selbstverletzungen und Selbsttötungen in den letzten Monaten seien ein klares Signal an die australische Regierung, die Camps endlich zu schließen, so ein UNHCR-Sprecher.

(Radio Australia 04.05.16, <http://www.abc.net.au/news/2016-05-05/unhcr-presses-for-transfer-of-refugees-out-of-detention-centres/7385748>)

Berichte digitalisiert

Tausende Berichte von australischen Patrouillengängern aus der Zeit von 1946 bis 1975 sind digitalisiert worden und nun online abrufbar. Es handelt sich dabei um bisher nur auf Mikrofilm verfügbare persönliche Berichte ehemaliger australischer Angestellter, die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea 1975 in Papua-Neuguinea auf Streife gingen und das Land erkundeten. Diese so genannten „Kiaps“ waren oft die ersten Weißen und ihre Berichte bieten spannende Informationen über die Frühzeit der britisch-australisch-neuguineischen Beziehungen. Rund 332.000 DIN-A-4-Seiten von 22.000 Kiaps mussten in dem dreijährigen Pro-

jekt digitalisiert werden. Es handelte sich dabei um ein gemeinsames Projekt des Staatsarchivs von Papua-Neuguinea und der *University of California* in San Diego. Deren Chef-Bibliothekarin Kathryn Creely zeichnete verantwortlich für die Digitalisierung.

Die Kiaps hatten vielfältige Aufgaben. Sie arbeiteten als Verwalter, zählten die Bevölkerung, zeichneten Karten von bisher unbekannt Gebieten, vermittelten bei dörflichen Auseinandersetzungen und überwachten die Arbeiten auf den Plantagen. Einige betätigten sich als Ethnologen und schrieben umfangreiche Berichte über die Kulturen und Traditionen der von ihnen besuchten Menschen.

Im Juli 2013 wurden 49 ehemalige Kiaps für ihre Pionierarbeit in Papua-Neuguinea mit der Ehrenmedaille der Polizei (*Police Overseas Service Medal*) für ihren Einsatz zwischen 1943 und 1973 geehrt. (Radio Australia 26.04.16, Wikipedia)

Neuer Botschafter für den Nordpazifik

George Fraser ist der neue australische Botschafter für die Föderierten Staaten von Mikronesien sowie nicht-residentieller Botschafter für die Marshall-Inseln, Guam, die Nördlichen Marianen und Palau. Er übergab Anfang April seine Akkreditierungsunterlagen an die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine. Begleitet wurde Fraser bei seinem Antrittsbesuch in Majuro von seiner Ehefrau Denise Huang und Dale Withington, dem Leiter des australischen Entwicklungshilfeprogramms für die pazifischen Inseln.

Fraser ist Nachfolger von Dr. Terry Beven, der das Amt seit 2014 innehatte. George Fraser blickt auf eine langjährige diplomatische Karriere im Pazifik zurück. Er war u.a. Botschafter in Kiribati, Neuseeland, Nauru und Bali.

(The Marshall Islands Journal 01.04.16, http://foreignminister.gov.au/releases/Pages/2015/jb_mr_151222a.aspx?w=tb1CaGpkPX%2FIS0K%2Bg9ZKEg%3D%3D)

Preisanstieg bei Zigaretten

Die australische Regierung will die Preise für Zigaretten in den nächsten vier Jahren auf 40 AUS-Dollar (ca. 26 Euro) pro Schachtel mit 20 Zigaretten erhöhen. Derzeit liegen die Kosten für eine Schachtel Zigaretten bei etwa 25 AUS-Dollar. Australien zählt zu den Ländern mit der weltweit niedrigsten Raucherquote. Nach Angaben des Statistikamtes rauchen etwa 13 % der erwachsenen Australier. (ABC 03.05.16)

SPORT

Samoa gewinnt U 20 Rugby-Meisterschaft

Das samoanische U 20-Rugby Team hat in einem spannenden Finale Gegner Spanien mit 38 zu 32 Punkten besiegt und damit die „World Rugby U 20 Trophy“ für sich entschieden. Neun Minuten vor Spielende hatte Spanien noch mit acht Punkten Vorsprung geführt. Der samoanische Trainer Ramsey Torokino lobte die Aufholjagd seines Teams und beglückwünschte die Spieler nach dem Gewinn der Meisterschaft in Harare (Zimbabwe/Afrika). Dort hatten sich vom 19. April bis zum 1. Mai acht Mannschaften von unter 20-jährigen Männern versammelt, um ihren Meister auszuspieren. Es handelte sich um die neunte Meisterschaft des internationalen Verbandes „World Rugby“.

Das zweite pazifische Team, die Rugbymannschaft aus Fidschi, konnte das Spiel um den dritten Platz mit 44 zu 30 Punkten gegen Namibia für sich entscheiden und gewann die Bronzemedaille. (<http://www.worldrugby.org/news/156648>)

Nur noch 24 Sportarten bei den Spielen

Die Mitgliederversammlung des *Pacific Games Council* (PGC) hat bei ihrer Jahresversammlung Mitte

Mai in Port Vila (Vanuatu) entschieden, die Anzahl der erlaubten Sportarten bei den zukünftigen Pazifikspielen (Pacific Games) von 26 auf 24 zu beschränken. Der Geschäftsführer des PGC, Andrew Minogue, sagte, mit dieser Entscheidung nehme man den gastgebenden Ländern den Druck, für alle Sportarten entsprechende Wettkämpfer zu finden. Gleichzeitig traf die Mitgliederversammlung die Entscheidung, die zwingend durchzuführenden Wettkämpfe von 14 auf 16 Sportarten hoch zu setzen. Neu als Wettkampfsportart sind demnach ab sofort Segeln und Triathlon. Der PGC einigte sich zudem darauf, Sportler aus Neuseeland und Australien in zwei Sportarten bei den *Pacific Mini Games* im Dezember 2017 in Port Vila zuzulassen. Beide Länder dürfen zudem zu den nächsten Pacific Games 2019 in Tonga Sportler in acht Sportarten entsenden.

Info: Die Pazifikspiele sind regelmäßig alle vier Jahre im Pazifik ausgetragene Sportwettkampfanstaltungen. Sie wurden erstmals 1963 in Fidschi durchgeführt. Die letzten Spiele wurden im Juli 2015 in Port Moresby (Papua-Neuguinea) zu Ehren des 40. Jahrestages der Unabhängigkeit PNGs abgehalten.

(http://www.foxsportspulse.com/assoc_page.cgi?c=2-2642-0-0&SID=24021, Matangi Tonga 11.05.16)

„TOK BILONG PASIFIK“

Hoteldeal in trockenen Tüchern

Frz.-Polynesien: Nach einer zehnjährigen Planungsphase hat der Tourismusminister von Französisch-Polynesien, Jean-Christophe Bouissou, den Vertrag zum Bau eines großen Luxus-Hotels auf der Insel Tahiti unterzeichnet. Das *Mahana Beach Resort* wird von einem multinationalen Hotelkonsortium unter Leitung von Chinesen erbaut. Ende Juni

soll der offizielle Pachtvertrag über einen Zeitraum von 70 Jahren von den Investoren und dem Tourismusminister endgültig besiegelt werden.

Bouissou zeigte sich begeistert von dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zwischen dem französischen Überseegebiet und den Investoren. Er habe vereinbart, dass ein Großteil der Bauarbeiten von einheimischen Firmen durchgeführt wird, sagte der Minister. Außerdem habe er mit dem Hotelkonsortium vereinbart, überwiegend einheimisches Personal einzustellen für das Hotel, das hoteleigene Restaurant sowie weitere Dienstleistungsanbieter im Hotelkomplex.

Das *Mahana Beach Resort and Spa* soll das größte und luxuriöseste Hotel auf Tahiti werden und zahlungskräftige Kunden ins Land locken. In den Bau der Anlage, die u.a. Überwasser-Bungalows in der Lagune, ein Spielcasino und einen Wasserpark vorsieht, sollen drei Milliarden US-Dollar investiert werden. Geplant ist die Eröffnung für das Jahr 2021. (*Radio NZ Intern.* 23.12.05, <http://www.hotelnewsresource.com/article82883.html>)

Endlich am Netz

Wallis und Futuna: Als das letzte der französischen Gebiete im Pazifik hat Wallis und Futuna ein Mobilfunknetz bekommen. Anbieter ist die einheimische Firma SPT, die auch die örtliche Poststelle betreibt. SPT hatte 15 Jahre dafür gekämpft, ein Mobilfunksystem auf den Inseln aufzubauen, war aber stets am Protest der Ältesten gescheitert, die einen Verfall der kulturellen Traditionen durch die moderne Telekommunikation fürchteten. Erst in den letzten beiden Jahren hatten sich die drei Könige von Wallis und Futuna zu der Neuerung durchgerungen und ein Budget in Höhe von sieben Millionen US-Dollar für den Netzaufbau zur Verfügung gestellt.

Info: Auf den 250 Kilometer entfernt voneinander liegenden zwei Inselgruppen Wallis (mit u.a. der Hauptinsel Uvea) und Horn (mit den Inseln Futuna und Alofi) in der Mitte des Pazifischen Ozeans leben ca. 12.000 Menschen. Sie sind seit 1961 französische Staatsbürger, die Inseln sind französisches Überseegebiet. Erst im April hatten die Inseln zwei neue Könige gewählt: Den 57-jährigen Tominiko Halagahu für die Insel Uvea und Eufenio Takala für die Insel Futuna. Die drei Königreiche der Inseln mit ihren jeweiligen Königen werden von der französischen Regierung voll anerkannt. (*Radio NZ Intern.* 23.12.15, 13.04.16, *CIA World Fact Book*)

Rückgabe von Cooks Federmantel

Hawai'i: Das neuseeländische Nationalmuseum *Te Papa Tongarewa* hat den Federmantel und den Helm des britischen Entdeckers Kapitän James Cook als Dauerleihgabe an das *Bernice Pauahi Bishop Museum* in Honolulu (Hawai'i) zurückgegeben. Das aus rot-gelben Federn von rund 20.000 Vögeln bestehende Cape und den dazu passenden Helm hatte der hawaiianische König Kalani'opu'u am 17. Januar 1779 persönlich um Cooks Schultern gelegt, als dieser bei seiner dritten Pazifikreise in der Bucht von Kealakekua an Land ging. Die wertvollen Federmäntel waren zu dieser Zeit hochrangigen Adligen (ali'i) vorbehalten und wurden den Menschen nur bei besonders feierlichen Anlässen umgelegt. Kalani'opu'u trug diese Insignien seiner Macht, da die Hawaiianer gerade ein Fest zu Ehren ihres Gottes Lono feierten. Als Zeichen der Ehrerbietung schenkte er James Cook seinen eigenen Mantel ('ahu 'ula) und den Helm (mahiole). Nun zieren beide Stücke die Sonderausstellung im Bishop-Museum „He Nae Akea: Bound Together“, die sich dem Verhältnis von König Kalani'opu'u zu dem Land und seinem Volk widmet.

Die beiden Exponate waren nach Cooks gewaltsamen Tod am 14. Februar 1779 in der Bucht von Kealakekua zunächst per Schiff nach England gekommen, wo sie mehrfach den Besitzer wechselten. 1912 überließ dann der britische Baron St. Oswald die Stücke seiner Sammlung dem *Dominium Museum* in Neuseeland, dem Vorgänger des jetzigen *Te Papa*. Seitdem waren die Schmuckstücke in Neuseeland ausgestellt. Der Rückgabe waren zweijährige Verhandlungen zwischen den Museen und dem *Office of Hawaiian Affairs* vorausgegangen. (*ABC News* 01.04.16, <http://www.bishopmuseum.org/>)

Meg Taylor wird Ehrendoktor

Papua-Neuguinea: Die amtierende Generalsekretärin des *Pacific Islands Forum Secretariat*, die neuguineische Dame Meg Taylor, ist Anfang April mit der Ehrendoktorwürde der *University of Technology* (Unitec) in Lae geehrt worden. Sie erhielt die Auszeichnung im Rahmen einer Graduierungsfeier für die erfolgreichen Studenten der Unitec. Der Rat der Universität hatte Taylor die Auszeichnung für ihr Engagement für den Staat und die internationale Entwicklungshilfe für Papua-Neuguinea zugesprochen. In ihrer Dankesrede widmete Dame Taylor den Ehrendokortitel allen Frauen Neuguineas. Sie seien die heimlichen Erfinderinnen und Innovatorinnen und hätten dem Staat viel Gutes getan. Es seien vor allem die Frauen, die sich für die Benachteiligten und Marginalisierten in der Gesellschaft einsetzen und ihnen eine Stimme geben. Deshalb müssten Frauen den Männern gleichgestellt werden und auch in der Öffentlichkeit als gleichwertige Partnerinnen in Politik und Gesellschaft wahrgenommen werden, forderte Taylor. (*Post-Courier* 04.04.16)

“Zuckernotstand”

Tonga: Aufgrund eines momentanen “Zuckernotstands” sind die Preise für dieses Nahrungsmittel ins Unermessliche gestiegen. Kostet unter normalen Umständen ein Kilo weißer Zucker vier tongaische Pa’anga, kosten derzeit 20 Gramm ein pa’anga. Diese Wucherpreise haben das Ordnungsamt auf den Plan gerufen. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, Zucker falle als Grundnahrungsmittel unter das Gesetz Nr. 19, das die Preise für importierte Lebensmittel festlegt. Von den festgeschriebenen vier pa’anga pro Kilo dürfe kein Supermarkt abweichen, hieß es. Da die Regale jedoch leer sind, würde der verbliebene Zucker stark rationiert und überteuert verkauft.

Die Großhändler gaben als Begründung für den Zuckermangel Probleme mit den Händlern in Südamerika an. Man habe jetzt braunen Zucker in Neuseeland geordert und hoffe, dass dieser innerhalb eines Monats mit einem Versorgungsschiff in Tonga ankäme, sagte ein Verantwortlicher. Noch länger könne man den Unmut der Kunden nicht ertragen, hieß es weiter. (*Matangi Tonga* 03.05.16)

Dorfnachbau lockt Touristen an

Fidschi: Mit dem Nachbau eines traditionellen vorkolonialen fidschianischen Dorfes will die Handwerkskammer Touristen nach Fidschi locken. Circa eineinhalb Kilometer von dem Wasserfall von Abaca auf der Insel Lautoka entstand dieses Dorf. Rund um eine große Bure auf dem Dorfplatz gruppieren sich kreisförmig angeordnet die kleineren Bure, in denen Touristen tage- oder wochenweise übernachten können. In dem Dorf gibt es keinen Strom, Trinkwasser müssen sich die Touristen selber aus dem Wasserfall schöpfen. Auf dem Dorfplatz gehen fidschianische Laiendarsteller traditionellen Handwerkstechniken nach, außerdem wird das Dorf

durch fidschianische „Krieger“ bewacht.

Die Handwerkskammer von Lautoka hat in den Bau des „lebenden Museumsdorfes“ bisher rund 700.000 Dollar investiert. Nach Angaben eines Sprechers profitieren auch die dort ansässigen Familien von dem Museumsdorf. Der Betrieb des Dorfes hat Arbeitsplätze geschaffen und sichert den Familien ein Einkommen. Dorfbewohner betätigen sich als Museumsführer, Heil- und Kräuterkundige, Wanderführer durch den Nationalpark und Köche.

(<http://www.fijiecotours.com.fj/abaca-village-stay-2/>, *Fiji Sun* 12.12.15)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Kirchliche Nachrichten von Lucia Herold, FSJ'lerin im Pazifik-Referat von Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Medizinische Versorgung

Im Frühjahr nahm die medizinische Versorgung in PNG einen großen Platz in den Medien ein. Der neuguineische Gesundheitsminister Pasco Kase machte seine Wertschätzung gegenüber den kirchlichen Diensten, vertreten durch die *Christian Health Services* (CHS), mehrmals deutlich. Diese stemmen in PNG fast 50 % aller medizinischen Dienstleistungen. Die Regierung fördert seit 2013 diese Organisationen, um den Gehaltsunterschied zwischen staatlichen und kirchlichen Mitarbeitern auszugleichen. Diese Gelder wurden jedoch zum Jahr 2016 stark reduziert. Diese Problematik wolle Kase unbedingt angehen. Aufgrund dieses Schnitts im Budget der Kirchen mussten beispielsweise die *Catholic Health Services* eine Einrichtung schließen und das Personal an andere Orte versetzen. Laut Kase ist die

neue partnerschaftliche Gesundheitspolitik wichtig, um die Kirchen als echte Partner in den Dialog einzubeziehen. Dazu ruft auch die Katholische Bischofskonferenz die Regierung auf.

Das Problem des Geldmangels taucht auch bei der Personalgewinnung wieder auf. Die Kirchen kämpfen nämlich weiter darum, mehr Ärzte in ländliche Räume zu senden. Viele Bewerber schaffen jedoch die hohen Anforderungen der Ausbildung nicht, die durch die begrenzten schulischen Kapazitäten entstehen. Kase möchte die Zahl der Studenten zwar verdoppeln, braucht dafür aber mehr Geld.

Um die Menschen in ländlichen Gegenden trotzdem besser zu erreichen, hat CHS nun eine Website gestartet. Dieses System soll den Informationsfluss in den medizinischen Einrichtungen in PNG verbessern, aber auch zeigen, was mit den Spenden passiert. Darüber hinaus spielt auch die Geschichte auf der Internetseite eine Rolle, um auf die Beginne der medizinischen Versorgung durch die Frauen der Missionare als Krankenschwestern Ende des 19. Jhds hinzuweisen. (*The National* 22.03., 13 & 19.04.16, *Pacific Islands Report* 24.03.16)

Lernzentrum eröffnet

Die Sieben-Tage-Adventisten haben gemeinsam mit einer Bildungsorganisation ein Lern- und Übungszentrum für Schulabbrecher außerhalb von Goroka gegründet. Dort bekommen Kinder, die aus den verschiedensten Gründen die Schule abgebrochen haben, eine Chance, ihre Leistungen zu verbessern und damit im tertiären Bildungsbereich ihre Ausbildung fortzusetzen. Insgesamt werden von Klasse 7 bis 12 verschiedene Fächer und Kurse angeboten. Für die bessere Wissensvermittlung beginnt das Zentrum nun mit dem elektronischem Lernen. Derzeit lernen dort ungefähr 200 Schüler. (*The National* 25.05.16)

Ehepaare sollen treu sein

Der Leiter der *Christian Leaders Alliance on HIV and AIDS*, Erzbischof John Ribat, appellierte an verheiratete Paare, ihren Partnern treu zu bleiben als Vorbild für die Kinder. Die Kinder sollen lernen, wie sie durch treues und loyales Sozialverhalten das Risiko, sich mit dem HI-Virus zu infizieren, senken können. Laut Ribat hängen damit auch andere Werte wie gutes Familienleben und Gesundheit zusammen. Diese seien nämlich besonders wichtig für die Entwicklung des Landes Papua-Neuguinea selbst. (*The National* 16.05.16)

ELC-PNG

Neuer Bischof zielt auf Einheit: lokal und global

Zur Ordination des neuen Bischofs der ELC-PNG, Rev. Jack Urame, reisten Repräsentanten aus den lutherischen Kirchen von Bayern, Norddeutschland, USA, Australien, Westpapua und der Lutheran World Federation an. Sie alle sicherten dem Bischof ihre Dienste zu, doch auch die Katholische Kirche vor Ort möchte mit der ELC-PNG zusammenarbeiten, um die Menschen zu erreichen. Diese Gesten kennzeichneten für Urame eine starke Einheit und Kraft für die ELC-PNG und die Mission der Kirche.

Auch innerhalb seiner Landeskirche rief er zu mehr Einheit auf, um besonders durch genaues Vermögensmanagement und einer guten Leitung die finanziellen Probleme und Bedürfnisse zu meistern. Urame denkt dabei nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Kinder als zukünftige Generation der Kirche, denn sie sollen das verwaltungstechnische Durcheinander nicht weitertragen müssen. (*The National* 15.03.16)

Kirche will besseres Image

Das erste Ziel des neuen Bischofs der ELC-PNG Rev. Jack Urame sei es, das Bild der lutherischen

Kirche seinen 1,5 Mio. Anhängern gegenüber wieder gerade zu rücken, so Urame kürzlich. Wegen der vielen Streitigkeiten in den Medien und vor Gericht (z.B. wegen der Leitung von Lutheran Shipping und dessen Management) blieb kein Platz mehr für Fortschritte. Das soll sich nun ändern, denn die neue Führungsebene möchte Stabilität schaffen und Schäden beheben. Dazu ermutigt er auch seine Kirchenmitglieder, den Herausforderungen der ELC-PNG fest im Glauben entgegenzutreten. (*The National* 22.04.16)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Kooperation unter Katholiken

Die Katholische Bischofskonferenz von PNG und Solomon Islands und die katholischen Diözesen von Westpapua wurden sich einig, seelsorgerische Dienste gemeinsam anzugehen, so der Generalsekretär Fr. Victor Roche. Dabei handelt es sich beispielsweise um einen Austausch von Studenten und Dozenten zwischen PNG, Solomon Islands und Indonesien. Zur Verbesserung der Dienstleistungen in ländlichen Gegenden wollen die fünf Bischöfe von Indonesien mit ihren 13 Flugzeugen beitragen. (*The National* 20.04.16)

Katholiken für menschlicheren Umgang mit Flüchtlingen

Die Katholische Kirche sei bereit, bei der Umsiedlung der Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager auf Manus Island zu helfen, so der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz von PNG und Solomon Islands, Fr. Victor Roche. Dabei sei es egal, welcher Abstammung die Geflüchteten sind, denn sie alle haben die gleichen Menschenrechte. In diesem „Haftlager“ aber seien sie ungerecht und unmenschlich behandelt worden, das solle die Regierung auf angemessene Weise wieder

gut machen. Die Katholiken hoffen und beten, dass die Regierungen von PNG und Australien eine gemeinsame und barmherzige Lösung für die Menschen in solch einer Notlage finden. (*The National* 4.05.16)

Angriff auf Nonnen verurteilt

Der Generalsekretär der Katholische Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Islands, Fr. Victor Roche, verurteilte einen Angriff auf vier Nonnen aus Goroka als eine respektlose und unmenschliche Tat gegenüber hilflosen und gütigen Menschen. Anfang Mai wurden die vier Schwestern und ihre zwei Sicherheitsmänner von in Polizeiuniform gekleideten Angreifern überfallen und dabei verletzt. Auch der Präsident der *Catholic Professionals Society*, Paul Harricknen, schloss sich Roche an. Sie wollen mit der Polizei zusammenarbeiten und die Tat schnellstmöglich aufklären. (*The National* 16.05.16)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Flutüberlebende gedenken ihrer Verstorbenen

Salomonen: Anfang April kamen die Opfer der plötzlichen Flut im Jahr 2014, bei dem 21 Menschen ihr Leben verloren hatten, in East Honiara zusammen, um an die Verstorbenen zu erinnern und zu beten. Der Generalsekretär der Anglikanischen Kirche von Melanesien, Fr. Phillip Rongotha, sagte, sie sollen an ihrem starken Glauben festhalten und darauf vertrauen, dass deren Seelen nun bei Gott sind. Außerdem erinnerte er die Trauernden an die Jünger in der Ostergeschichte und wie Jesus wieder auferstand und den Frieden brachte. (*Pacific Islands Report* 04.04.16)

Kirchliche Räume nun Klassenzimmer

Fidschi: Die Methodistische Kirche von Fidschii stellt nun ihre Kirchen, Hallen und andere Gebäude den Schulen zur Verfügung, da viele Schulgebäude durch den Wirbelsturm zerstört oder sehr beschädigt sind. Doch die Kirche öffnet ihre Türen auch als Evakuierungszentren oder Notfallunterkünfte. Sie werde alles tun, um zu helfen, selbst wenn die Nutzung bis zu zwei Jahren dauern sollte, so die Methodistische Kirche. (*Pacific Islands Report* 02.03.16)

Pazifische Kirchen setzen sich für interreligiösen Dialog ein

Pazifik: Die *Pacific Conference of Churches* (PCC) sprach sich im Mai deutlich für Offenheit gegenüber anderen Religionen aus. Anlass dazu war der Aufruf in Samoa, den Islam zu verbieten, der besonders von den nationalen Kirchen unterstützt wurde. Der Anteil der Muslime liegt dort bei 0,03 %. Der Generalsekretär der PCC erörterte dazu, dass der Fokus zuerst auf den Dialog und die Aussagen des christlichen Glaubens gesetzt werden müsse. (*Pacific Islands Report* 18.05.16)

Meeresspiegel bedroht auch Kirchengebäude

Samoa: Die Auswirkungen des ansteigenden Meeresspiegels werden immer deutlicher. Auf Samoa kämpft beispielsweise das Dorf Solosolo gegen das immer höher werdende Wasser. Das führte sogar dazu, dass die *Congregational Christian Church of Samoa* entschied, von dort in höhere Gebiete zu ziehen, worauf weitere Kirchen folgten. Im Küstengebiet sind nun nur noch die zwei Hauptkirchen, die Katholische Kirche und die CCCS, vertreten. (*Pacific Islands Report* 10.05.16)

Samoa begeht 54. Unabhängigkeitstag

Samoa: Als Auftakt für die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag fand am Vorabend des 1. Juni ein Gottesdienst in der Methodistischen Kirche in Matafele statt. Zu den Besuchern zählten auch zahlreiche politische Größen Samoas. Der Leiter des *National Council of Churches*, Rev. Kasiano Leapepe, hielt den Gottesdienst gemeinsam mit Pfarrern anderer Kirchen. In seiner Botschaft erinnerte er die Zuhörer daran, dass Gott wirklich Unterschiede zwischen Menschen machen würde und forderte sie dazu auf, in ihrem Bekenntnis zu Gott nicht zu schwanken. Die Verpflichtung zur Kirche zeige laut Leapepe die Liebe Gottes. (*Pacific Islands Report* 31.05.16)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • TahitiPresse • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und

Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de